

Die Ergebnisse der Wahlen am 28. September 2008 – Wahlbericht und erste Analyse

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung der Wahlergebnisse	1
Bayern und die CSU nach der Wahl vom 29. September 2008	3
Auswirkungen der bayerischen Wahlergebnisse	5
a) Der Bundesrat	5
b) Die Bundesversammlung	6
c) Die Unionsparteien und die SPD	7
d) DIE LINKE.	9
Ausgangslage und Verlauf des bayerischen Landtagswahlkampfes	11
a) Das bayerische Wahlrecht	11
b) Die programmatischen Schwerpunkte und Strategien der Parteien	11
c) Erkenntnisse aus den Vorwahlumfragen	13
Erste Analyse der Wahlergebnisse in Bayern	14
a) Die Wahlergebnisse im Einzelnen – nach Parteien und Regionen	14
b) Wähler/-innenwanderungen	17
c) Wer wählte wen?	18
Erste Analyse der Kommunalwahlergebnisse in Brandenburg	20
a) Die Stimmung vor der Wahl	20
b) Die Ergebnisse im Einzelnen – nach Parteien und Regionen	21
Die Nationalratswahlen in Österreich am 28. September 2008	22
I. Volksparteien SPÖ und ÖVP im Niedergang – Rechtsparteien triumphieren – Verschiedene Regierungsbildungen denkbar	22
II. ÖVP verliert erneut an die Rechtsparteien – Phänomen Haider jubiliert	24
III. Wahl 2008: Ausdruck des Wandels des österreichischen Parteiensystems	26
Der Autor / Vorbehalt	26

Zusammenfassung der Wahlergebnisse

Der 28. September 2008 war ein Super-Wahntag. Gewählt wurde der Landtag Bayern, in den Kommunen Brandenburgs sowie die Position des Oberbürgermeisters bzw. der Oberbürgermeisterin in Schwerin. Nicht zuletzt entschieden die Wählerinnen und Wähler in Österreich über die Zusammensetzung des dortigen Bundesparlaments, dem Nationalrat. Die Ergebnisse der Wahlen im Einzelnen stellen sich wie folgt dar:

Vorläufiges Endergebnis der Landtagswahl in Bayern am 28.09.2008 (in %)

Wahlbet.	Gesamtstimmenanteile 2008						
	CSU	SPD	FDP	Grüne	Linke	Freie Wähler	Sonstige
58,1	43,3	18,6	8,0	9,4	4,3	10,2	6,0
Vorherige Landtagswahl							
57,1	60,6	19,6	2,6	7,7	-	4,0	5,3
Veränderungen gegenüber der vorherigen Landtagswahl							
+1,0	-17,3	-1,0	+5,4	+1,7	+4,3	+6,2	+0,7

Der Urnengang in Bayern kann ohne Einschränkung als politisches Erdbeben bezeichnet werden. Die CSU verliert nach 46 Jahren die absolute Mehrheit im Maximilianeum, dem bayerischen Landtag. Im bisherigen 3-Parteienparlament werden künftig fünf Parteien vertreten.

Die größte Niederlage der CSU wird gleichsam zum Debakel der SPD in Bayern. Selbst von der Krise der Christsozialen können die Sozialdemokraten nicht profitieren – im Gegenteil, sie sinken auf ihren historischen Tiefstand. Sie sind und bleiben mit dem Stigma der Nichtregierungsfähigen behaftet. Und auch die Grünen können nur 1,2% der Wähler/-innen hinzugewinnen.

Von der Krise der Christsozialen profitieren stattdessen die Parteien der Mitte: Die Freien Wähler (FW) erreichen erstmals in der bundesdeutschen Geschichte den Einzug in einen Landtag und werden mit 10,7% drittstärkste Partei.

Die FDP kann nach neun Jahren Parlamentsabstinenz ebenfalls wieder in den Landtag einziehen und hat gute Chancen erstmals seit 1962 und zum vierten Mal in ihrer bayerischen Parteigeschichte mitregieren zu dürfen.

Die Linke. verbucht ein historisch gutes Ergebnis, denn niemals zuvor errang in der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte Bayerns eine Partei links von der SPD eine so hohe Stimmzahl. Zwar scheiterte Die Linke. mit 4,4% zwar an der Sperrklausel, doch ist sie zweifellos eine der bayerischen Wahlsiegerinnen der jüngsten Landtagswahl. Sie übertrifft deutlich ihr hervorragendes Ergebnis zur Bundestagswahl 2005 – ein guter Startpunkt für die Bundestagswahlen im kommenden Jahr. Bayern ist seit dem 28. September 2008 keine linke Peripherie mehr, sondern politisch bunter, mit einem kräftigen Schuss rot – insbesondere in den nördlichen Landesteilen: in den Regierungsbezirken (zugleich Wahlkreise) Unterfranken und Mittelfranken erreichte Die Linke. mit 5,2% ihre besten Ergebnisse.

Vorläufiges Endergebnis der Oberbürgermeister-Stichwahl in Schwerin am 28.09.2008

Wahlberechtigte	79.509	
Wähler/-innen	32.807	
Gültige Stimmen	32.545	
Wahlbeteiligung	41,3%	
Kandidat/-in	Stimmen	in %
Angelika Gramkow (Die Linke)	16.435	50,5
Dr. Gottfried Timm (SPD)	16.110	49,5

Die neue Oberbürgermeisterin von Schwerin heißt Angelika Gramkow (Die Linke). Dem vorläufigen Endergebnis zufolge erreichte die Landtagsabgeordnete, Finanzexpertin und frühere Fraktionsvorsitzende zu Zeiten der rot-roten Landesregierung bei der Stichwahl am Sonntag 50,5 Prozent der Stimmen. SPD-Kandidat und Ex-Innenminister Gottfried Timm kam auf 49,5 Prozent. Beide trennten am Ende 325 Stimmen. Damit stellt Die Linke. erstmals in Deutschland in einer Landeshauptstadt die Position der Oberbürgermeisterin. Die Wahlbeteiligung lag bei 41,3 Prozent.

Angelika Gramkow sprach gegenüber dem NDR in einer ersten Reaktion von einer "knappen, aber deutlichen Entscheidung". Sie sei glücklich, dass die Wähler/-innen in ihr eine personelle Alternative sähen.

Vorläufiges Endergebnis der Kommunalwahl in Brandenburg am 28.09.2008 (in %)

Wahlbet.	Stimmenanteile 2008						
	CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke	Freie Wähler	Rechte*
k.A.	19,8	25,8	k.A.	k.A.	24,7	k.A.	k.A.
Vorherige Kommunalwahl							
45,8	27,8	23,5	6,3	4,1	21,3	11,2	3,33
Veränderungen gegenüber der vorherigen Kommunalwahl							
k.A.	-8	2,3	k.A.	k.A.	3,4	k.A.	k.A.

* Rechte: NPD, DVU

Bei den Kommunalwahlen in Brandenburg, die als Plattform für den beginnenden Landtagswahlkampf anzusehen sind, lieferten sich SPD und Die Linke ein Kopf-an-Kopf-Rennen. Beiden Parteien gelang es ihre Wahlziele zu erreichen.

Die SPD ist künftig wieder die stärkste Partei, doch Die Linke konnte gegenüber der Kommunalwahl von 2003 deutlich zulegen. Die CDU erlitt am Sonntag herbe Verluste und sackte von 27,8% auf 19,4% ab.

Die verschiedenen freien Wählergruppen erhielten insgesamt 12,7 Prozent der Stimmen. Die Liberalen erhielten 7,2%, die Grünen erreichten aufgrund ihrer schwachen Verankerung außerhalb des unmittelbar an Berlin grenzenden „Speckgürtels“ nur 4,2%.

Obwohl DVU und NPD zusammen nur 3,4% erreichten, sind sie künftig in fast allen Kreistagen vertreten. Als sicher galt am Abend der Einzug von NPD- oder DVU-Kandidaten in 13 Kreistage sowie die Stadtverordnetenversammlungen von Potsdam und Cottbus.

Vorläufiges Endergebnis der Nationalratswahl in Österreich am 28.09.2008 (in %)

Wahlbet.	Stimmenanteile 2008						
	ÖVP	SPÖ	FPÖ	Grüne	BZÖ	KPÖ	Sonstige
71,48	25,6	29,7	18,0	9,7	10,9	0,77	5,2
Vorherige Landtagswahl							
78,49	34,3	35,3	11,0	11,0	4,1	1,0	3,5
Veränderungen gegenüber der vorherigen Landtagswahl							
-7,01	-8,7	-5,6	+7	-1,3	+6,8	-0,23	+1,7

Im benachbarten Österreich sinken bei den vorgezogenen Nationalratswahlen die beiden Volksparteien SPÖ und ÖVP, die die Republik über Jahrzehnte geprägt haben auf historische Tiefstände.

Die Rechtsparteien FPÖ und BZÖ erreichen neue Spitzenwerte und sind zusammen leicht stärker als die SPÖ und deutlich stärker als die ÖVP.

Die Wahlbeteiligung sinkt deutlich um sieben Prozentpunkte. Eine schwierige Regierungsbildung kündigt sich an.

Bayern und die CSU nach der Wahl vom 29. September 2008

Die Bayern-Wahl erfordert zwei Ebenen der Erklärung. Die erste Ebene lässt sich anhand von tagespolitischen Ereignissen definieren und messen in den Daten, wie sie z.B. von der Forschungsgruppe Wahlen im Vorfeld der Wahl erhoben wurden.¹

Danach fällt die Leistungsbilanz der CSU 2008 wesentlich schwächer aus als vor fünf Jahren. Für ihre Arbeit in der Regierung erhielt die CSU jetzt einen Wert von 1,0 auf der +5/-5-Skala, 2003 wurde sie noch mit 1,8 beurteilt. Die SPD konnte sich leicht verbessern auf jetzt 0,2 (2003: minus 0,2) und die Grünen verbesserten sich ebenfalls von minus 0,6 auf nun 0,0.

Neben der Zufriedenheit mit der Regierungspolitik ging aber auch die Zufriedenheit mit dem Führungspersonal zurück: Zwar bescheinigten 62% der Stimmberechtigten Günther Beckstein eine gute Arbeit in seinem ersten Jahr als bayerischer Ministerpräsident, bei seinem Vorgänger Edmund Stoiber waren dies 2003 aber 80%. Auch wurde Beckstein auf der +5/-5-Skala mit einem Durchschnittswert von 1,4 zwar besser als sein Herausforderer Franz Maier (SPD) mit 0,9 bewertet, aber auch schlechter als Stoiber vor der letzten Wahl (2003: 2,1).

Die erdrutschartigen Verluste der CSU haben auf dieser tagespolitischen Ebene betrachtet, ihre Ursache fast ausschließlich im Land und im Handeln der aktuellen CSU-Führung. Ihre

¹ http://www.forschungsgruppe.de/_/LTW_Bayern/

Versäumnisse werden deutlich, wenn man die Erkenntnisse der Bayern-Wahl von 2003 zugrunde legt, die nach Angaben von Infratest-dimap² wie folgt zusammenzufassen waren:

- Der hohe Wahlsieg der CSU 2003 war das Ergebnis einer außerordentlichen Zufriedenheit der Bayern mit den Lebensverhältnissen in ihrem Land, mit der Landesregierung bzw. der CSU, mit Edmund Stoiber und auch mit dem Großteil des Kabinetts, dessen Mitglieder anders als in den anderen Ländern hohe Bekanntheits- und Akzeptanzwerte hatten. Die CSU galt in nahezu allen Politikfeldern als die kompetenteste Partei und ließ die SPD überall - selbst bei der sozialen Gerechtigkeit - mit großem Abstand hinter sich.
- 80% schrieben 2003 Ministerpräsident Edmund Stoiber zu, Bayern in der Union und generell auch im Bund mehr Einfluss verschafft zu haben und die wirtschaftliche Modernisierung des Landes erfolgreich und gleichzeitig behutsam fortgeführt zu haben.
- 82% sahen es als Verdienst der allein regierenden CSU an, Bayern wirtschaftlich stark gemacht und damit sein politisches Gewicht in Deutschland aufgewertet zu haben.

Unter Stoiber gelang es der CSU – vielleicht zum letzten Mal -, das bayerische Lebensgefühl wider zu spiegeln, und somit den Fiktion eines Gleichklangs zwischen gesellschaftlicher sowie ökonomischer Entwicklung Bayerns und der CSU zu erzeugen.

Dem, auf dem Sturz Stoibers entstandenen Führungsduo aus Parteichef Erwin Huber und Ministerpräsident Günter Beckstein, gelang es freilich in keiner Weise diese Performance fortzusetzen oder der Partei und dem Land neue Perspektiven aufzuzeigen. Mit den Worten von Ludwig Greven: „Als Teil des alten Stoiber-Systems blieben sie nicht mehr als blasse Erblas(t)verwalter. Ihre Tage dürften gezählt sein.“³

Der Abstieg der CSU begann jedoch schon früher und damit wird die zweite Ebene der Erklärung dieses Wahlsonntags betreten. Die Landtagswahl 2003 stellte den Höhepunkt der CSU-Wahlergebnisse dar. Aber im Höhepunkt ist immer auch zugleich die Möglichkeit, ja sogar die Wahrscheinlichkeit eines Abstiegs enthalten. Und insofern beweist sich auch im herausragenden Wahlergebnis der Christsozialen von 2003, die wiederum auf einer erfolgreichen Modernisierungspolitik beruhte, der alte Marxsche Satz, das jedes Ding mit seinem Gegenteil schwanger geht.

Die unbestreitbare Leistung der CSU in den vergangenen 40, insbesondere aber seit Anfang der 80er Jahre besteht darin, Bayern modernisiert zu haben. Der Spagat zwischen Laptop und Lederhose, war lange Zeit Visitenkarte für die erfolgreiche Entwicklung vom rückständigen Agrarland, abhängig von finanziellen Subventionen der Bundesregierung und der anderen Länder, hin zu einem modernen Industrieland und dem erfolgreichsten und wirtschaftsstärkstem Land der Bundesrepublik.

Eine solche Modernisierung der Verwaltung, der Infrastrukturen – auch und vor allem im ländlichen Raum, des Bildungssystems ist ohne Wertewandel nicht zu haben. Neue Technologien, moderne Kommunikationsformen im ganzen Freistaat, bis auf die letzte Alm haben, wenn auch mit Verspätung, zu einem Bewusstseins- und Wertewandel, zu einer Lockerung der Milieustrukturen und einem Rückgang klerikaler Bindungen beigetragen. Daraus entstanden auch neue Konflikte, z.B. im Hinblick auf die forcierte Modernisierung selbst.

Nach der Wahl 2003 interpretierten Stoiber und seine Regierungsmannschaft die Zwei-Drittel-Mehrheit als Einladung, die Modernisierung des Freistaates in beschleunigtem Tempo und auch gegen den Widerstand der eigenen Anhängerschaft fortzusetzen. Doch der CSU war es bereits seit längerem weniger gelungen, bayerisches Lebensgefühl und Modernisierungs-Hybris miteinander zu verbinden. Unter anderem dadurch erklärte sich das bereits 2003 recht gute Ergebnis der Freien Wähler in Bayern, die nun, fünf Jahre später zur wesentlichen Projektionsfläche konservativer Wählerinnen und Wähler wurden.

Ein Beispiel dafür ist der Ausbau des Flughafens in München. Die Pläne zum Ausbau einer dritten Startbahn wurden von der CSU lange Zeit als grüne Spinnerei abgetan. Bis sie bei den Kommunalwahlen im März dieses Jahres und im Laufe des Landtagswahlkampfes erken-

² <http://www.infratest-dimap.de/?id=71>

³ Zeitenwende im Freistaat, <http://www.zeit.de/online/2008/40/bayern-kommentar>

nen musste, dass sich in Bayern bereits seit langer Zeit ein christlich-konservatives Umweltbewusstsein herausgebildet hat, das diametral zu Modernisierungsvorhaben und industriellem Wachstum steht, wenn dies zu Lasten der natürlichen Umwelt geht. Davon profitierten Grüne und Freie Wähler in gleichem Maße.

„In den Orten nimmt (...) wo die Modernisierungswalze schonungslos weiterrollt, das Unbehagen an der Wachstumsideologie zu, und in den betroffenen Kommunen werden die selbst ernannten Heimatpfleger der CSU als Traditionszerstörer wahrgenommen.“⁴

In den Städten macht die CSU nunmehr die Erfahrung, dass beispielsweise ihre Generalsekretärin Haderthauer, die Beruf und Familie miteinander verbunden hatte, keine Ausnahmerscheinung ist, sondern vielmehr für einen gesellschaftlichen Wandel steht, der auch Bayern voll erfasst hat – mit Ausnahme der CSU.

Bayern ist seit diesem Sonntag ein ganzes Stück normaler geworden. Ein Ausdruck davon ist die Zersplitterung der Parteienlandschaft, begründet auf dem Schrumpfen der Milieus, der Volatilität der Wähler/-innen und veränderten Wertemustern.

Die CSU wird sich diesem Wandel stellen müssen – und hat dafür im Gegensatz zu den Volksparteien in anderen Bundesländern immer noch ausgezeichnete Startbedingungen.

Auswirkungen der bayerischen Wahlergebnisse

a) Der Bundesrat

Für die Betrachtung der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat ist interessant, wie viele Landesregierungen konkordant zu den Regierungsparteien im Deutschen Bundestag ausgestaltet sind. Bei diesen Regierungen ist davon auszugehen, dass sie die Linie der Bundesregierung grundsätzlich auch im Bundesrat unterstützen, sofern dem nicht spezifische Landesinteressen unmittelbar entgegenstehen.

Bei Regierungskonstellationen, bei denen eine Oppositionspartei im Bundestag mit- oder allein regiert, ist hingegen nicht von einer Loyalität zur Bundesregierung auszugehen, sondern vielmehr von einer Strategie, den Bundesrat zur Arena einer parteipolitischen Auseinandersetzung zu machen.

Mit der bayerischen Landtagswahl verlieren die Unionsparteien nach den Wahlen in Hessen und Hamburg eine weitere Alleinregierung. Zumindest bis zu den Landtagswahlen im kommenden Jahr regiert die CDU damit nur noch in Thüringen und im Saarland. In Hessen ist die Regierung Koch zumindest noch geschäftsführend im Amt.

Auf dieser Grundlage verfügten Union und SPD mit den fünf schwarz-roten Koalitionen und fünf Alleinregierungen (4 x Union und 1 x SPD) bis zum vergangenen Sonntag über 41 Stimmen. Dies waren mehr als die notwendigen 50%+x der insgesamt 69 Bundesratsstimmen, also die Mehrheit im Bundesrat. Alle einfachgesetzlichen Regelungen konnten demnach ohne Beteiligung der Oppositionsparteien im Bundestag, die seit der Bremen- und der Hamburg-Wahl wieder alle als kleinerer Koalitionspartner an Landesregierungen beteiligt sind, durchgesetzt werden.

Gelänge es der hessischen SPD-Politikerin Andrea Ypsilanti tatsächlich, die geschäftsführend amtierende Regierung Koch durch eine von der Linken tolerierte rot-grüne Minderheitsregierung abzulösen, würde der Anteil der schwarz-roten Bündnisse bzw. Alleinregierungen auf 35 Stimmen absinken, also die denkbar knappste schwarz-rote Mehrheit im Bundesrat.

Mit der absehbaren Koalitionsbildung in Bayern verliert schwarz-rot seine Mehrheit im Bundesrat – die Stimmenzahl sinkt auf 29 Stimmen ab. Im Ergebnis wird entweder das schwarz-gelbe Lager gestärkt und erreicht mit 24 Stimmen den größten Block oder es träte mit einer Koalition aus CSU und Freien Wählern eine neue Konstellation im mittlerweile sehr bunten Block der Regierungsbündnisse auf Landesebene hinzu. Damit wäre wieder einmal eine

⁴ Wird Bayern deutsch?, Die Zeit Nr. 39, S. 3.

Partei an einer Landesregierung und dem Bundesratsgeschehen beteiligt, die nicht im Bundestag vertreten ist. Dies war zuletzt bei der Schill-Partei der Fall.

Tabelle: Bundesratszusammensetzung vor der bayerischen Landtagswahl am 28. September 2008

Land	Stimmen	Große Koalition	Union-Alleinreg.	Schwarz-Grün	Schwarz-Gelb	SPD-Alleinreg.	Rot-Rot	Rot-Grün
Bad-Würt.	6				6			
Bayern	6		6					
Berlin	4						4	
Brandenburg	4	4						
Bremen	3							3
Hamburg	3			3				
Hessen	5		5					
Meck-Vorp.	3	3						
Niedersachsen	6				6			
Nordrhein-Wf.	6				6			
Rheinland-Pf.	4					4		
Saarland	3		3					
Sachsen	4	4						
Sachsen-Anh.	4	4						
Schleswig-Hol.	4	4						
Thüringen	4		4					
Gesamt	69	19	18	3	18	4	4	3

b) Die Bundesversammlung

Das Wahlergebnis in Bayern hat nicht nur Auswirkungen auf die künftige Zusammensetzung der bayerischen Staatsregierung sondern auch auf die Zusammensetzung der Bundesversammlung und damit auf die Chancen von Gesine Schwan, dem amtierenden Bundespräsidenten nachfolgen zu können. Auch wenn sich die genauen Stimmenverhältnisse noch nicht feststellen lassen, ist doch festzuhalten: Die Wiederwahl von Horst Köhler ist eher sicherer geworden. Die absolute Mehrheit in der Bundesversammlung liegt bei 613 Sitzen.

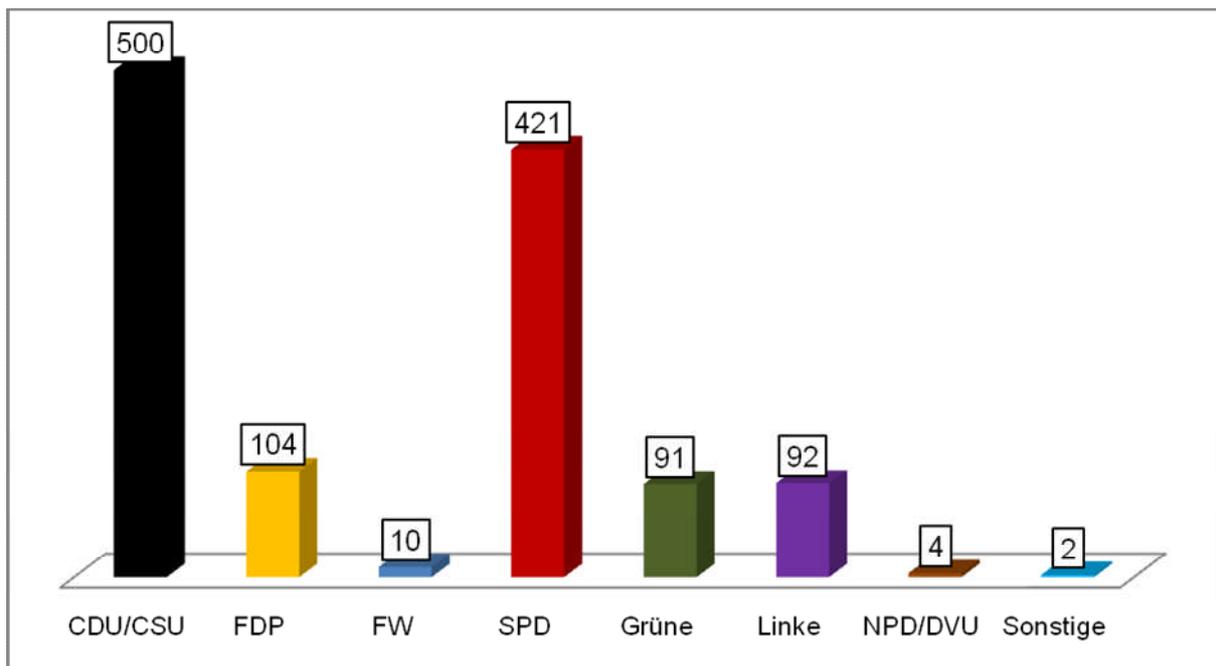
Vor der Bayern-Wahl kam das bürgerliche Lager, das eine Wahl von Horst Köhler anstrebt, auf 614 bis 615 Sitze in der Bundesversammlung. Das Schwan-Lager, zu dem hier SPD, GRÜNE, Die Linke. und der fraktionslose Bundestagsabgeordnete Gert Winkelmeier (früher Linke/PDS) gerechnet wird, kam auf 605 bis 606 Sitze.

Darüber hinaus stellten NPD und DVU über ihre Landtagsabgeordneten in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen weitere vier Mitglieder.

Aufgrund des verfehlten Einzugs der Linken in den bayerischen Landtag und die mageren Ergebnisse von SPD und Grünen hat das Pro-Schwan-Lager aus der Landtagswahl keine Vorteile ziehen können.

Die Stimmenverluste der Christsozialen werden jedoch durch die Stimmengewinne von Liberalen und Freien Wählern ausgeglichen. Auch wenn die Freien Wähler sich bislang noch nicht zur Bundespräsidentenkandidatur geäußert haben, da sie nicht in der Bundesversammlung vertreten waren, so ist doch von einer Präferenz für Horst Köhler auszugehen.

Prognose der Zusammensetzung der 13. Bundesversammlung nach der Bayernwahl 2008*



*In den Ländern können noch Verschiebungen aufgrund von Stichwahlen auftreten.

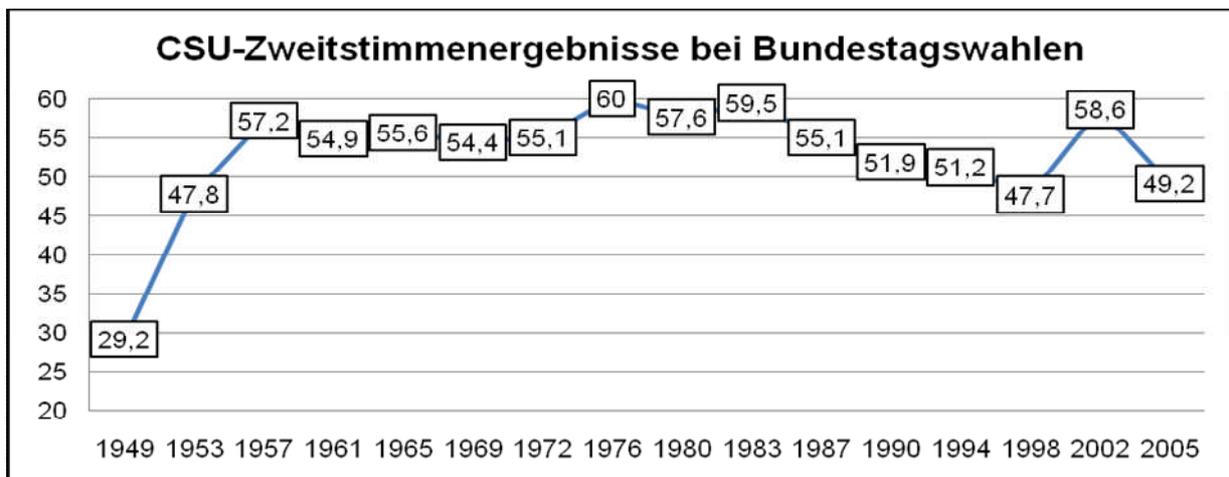
Quelle: Eigene Zusammenstellung und <http://www.wahlrecht.de/lexikon/bundesversammlung.html>.

c) Die Unionsparteien und die SPD

Auch wenn die bayerische Landtagswahl als regionales Ereignis abgetan wurde, so ist doch anzunehmen, dass von ihrem Ergebnis nicht unerhebliche bundespolitische Wirkungen zu erwarten sein werden – sowohl kurzfristig auf die Arbeit der schwarz-roten Bundesregierung, im Verhältnis zwischen den beiden Schwesterparteien **CDU und CSU** aber auch im Hinblick auf die möglichen Ergebnisse der kommenden Bundestagswahl.

Die Union hat wie bei den vergangenen drei Landtagswahlen Stimmenanteile verloren. Dabei ist der Absturz der Christsozialen in mehrfacher Hinsicht folgenreich: Noch nie verlor eine Partei bei Landtagswahlen so viele Prozentpunkte wie die CSU und mit dem Stimmenergebnis von 43,3% erreicht keine Partei in den Landtagen mehr über 50% der Stimmenanteile.

Die Schwäche der CSU stellt die Union jedoch vor ein erhebliches Stimmenproblem für die kommende Bundestagswahl. Die CDU war bei den Bundestagswahlen bisher auch auf die meist herausragenden Ergebnisse der CSU in Bayern angewiesen.



Wie der o.a. Grafik zu entnehmen ist, liegt das CSU-Ergebnis vom vergangenen Sonntag deutlich unterhalb der schlechtesten CSU-Ergebnisse bei den Bundestagswahlen. Selbst ein für CSU-Verhältnisse schlechtes Resultat wie 2005 setzte Wegmarken: Vor drei Jahren sicherten die 49,2% für die CSU der Gesamt-Union einen knappen Vorsprung vor der SPD. Ohne dieses CSU-Ergebnis gäbe es also keine Bundeskanzlerin Angela Merkel. Denn mit den durchschnittlich 27,8% für die CDU in den übrigen 15 Bundesländern erreichten CDU/CSU zusammen 35,2%. Von den 226 Mandaten entfielen 46 auf die CSU, eine Quote von 20,4 Prozent.

Zwar fiel die CSU bereits bei den vergangenen drei Bundestagswahlen zweimal unter die 50%, doch kann die Union nach dieser Landtagswahl im Hinblick auf die Bundestagswahl 2009 nur darauf vertrauen, dass die 2008 an die Freien Wähler gegangenen Stimmen im kommenden Jahr zur CSU wechseln, da die Freien Wähler zur Bundestagswahl nicht antreten.

Zwischen den beiden Unionsparteien wird es absehbar zu erheblichen Differenzen kommen. Die CSU wird der großen Schwesterpartei die ablehnende Haltung bei der Wiedereinführung der Pendlerpauschale – einem der Wahlkampfschlager der CSU – nicht durchgehen lassen und sie für die Wahlniederlage mit in die Verantwortung ziehen.

Innerhalb der Unionsfraktionen im Bundestag könnte, so wurde bereits im Vorfeld der Wahl spekuliert, das Wahlergebnis der Christsozialen zumindest mittelfristig die Frage nach der Dauerhaftigkeit mancher Privilegien in der Fraktionsgemeinschaft aufrufen. Warum, so wurde argumentiert, könnten Unionsabgeordnete fragen, solle eine 43%-CSU besser gestellt werden als eine 44,2%-CDU aus Baden-Württemberg oder eine 44,8%-CDU aus Nordrhein-Westfalen.

Nicht zuletzt wird die CSU sich in der Verantwortung sehen, ihr bundespolitisches Profil zu stärken. Bei einer Befragung zu den Kritikpunkten an der CSU benannten nach Angaben von Infratest-dimap immerhin 74% der Befragten den fehlenden Einfluss der Christsozialen in Berlin und 64% waren der Auffassung, dass die Partei kein klares Profil habe (s. Grafik).

Die Suche nach einem Profil der CSU könnte sich verbinden mit dem innerhalb der CDU bereits seit längerem immer wieder unterschwellig kritisierten Mangel an erkennbar konservativem Profil. Mit der Niederlage Roland Kochs in Hessen ist das innerparteiliche Gleichgewicht verloren gegangen, die konservativen Kreise verfügen über keine vernehmbare Stimme mehr. Zwar spielen die klassischen Themen der CDU neben der Wirtschaft, innere Sicherheit und Ausländer, spielen derzeit keine Wahl entscheidende Rolle mehr, doch wird die Wirtschaftspolitik im Hinblick auf die Bundestagswahl und die absinkende Konjunktur ein mögliches Themenfeld der Richtungsdebatte der Union sein.

Kritikpunkte an der CSU (nach Angaben von Infratest-dimap)



Quelle: <http://stat.tagesschau.de/WA-2008-0928/by/flash/index.shtml?lra=BR>

Schon in der Wahlnacht berichtete die FAZ.net über entsprechende Befürchtungen der CDU-Führung fürchtete heftigen Streit. Konservative und Marktliberale würden nun klagen, weil die Union für sie kein Profil habe, sei sie jetzt sogar im gelobten Bayern eingebrochen. Im Bundeskanzleramt wird dazu Ärger für die Koalition erwartet. Die CSU werde versuchen, Profil zu gewinnen, um die Erbschaftsteuerreform zu verhindern. Und nicht nur sie. Nur wenige Minuten nach Verkündung des Wahlergebnisses fordert der CDU-Politiker Michael Fuchs, der im Bundestag Vorsitzender des Parlamentskreises Mittelstand ist: „Wir müssen konsequenter bürgerliche Politik machen.“⁵

Die **SPD** ist mit dem bayerischen Wahlergebnis keinen Schritt voran gekommen. Sie konnte in keinerlei Hinsicht von dem Wahlergebnis profitieren. Eine Mehrparteienregierung mit dem Ziel die CSU von der Macht zu entfernen wird es nicht geben. Wie in Hessen haben die Freidemokraten einer solchen Planung gegen die Union bereits vor der Wahl eine Absage erteilt. Die CSU wird ihrerseits alles tun, um entweder mit der FDP oder den Freien Wählern eine Koalition zu schließen. Die Tatsache, dass der CSU-Fraktionsvorsitzende im Landtag bei möglichen Gesprächspartnern zuerst die SPD, dann die FDP und dann die Freien Wähler nannte wurde zwar registriert, doch lässt sich daraus keine Regierungsoption für die notorisch nicht-regierende SPD in Bayern ableiten. Schmidts Interesse lag wohl eher darin, den Preis der FDP nach unten zu drücken, indem er auf die Alternativen zur Regierungsbildung verwies.

Doch auch ein machtpolitisches Signal im Hinblick auf die Bundespräsidentenwahl ist nicht zu erwarten. Wie bereits oben gezeigt wurde, ist das bürgerliche Lager stark genug, um Bundespräsident Köhler erneut zu wählen.

Die SPD konnte den überraschend vollzogenen Machtwechsel von Beck zu Müntefering und Steinmeier nicht für ein besseres Wahlergebnis in Bayern nutzen – es ist in diesem Sinne dem CDU-Generalsekretär zuzustimmen: „Der Steinmeier-Faktor ist ausgeblieben.“

Die SPD wird deshalb ohne Rückendeckung der Landtagswahl in Bayern in wenigen Tagen entweder eine Ministerpräsidentin Ypsilanti in ihren Reihen begrüßen, die vom überwiegenden Teil des bundespolitischen Spitzenpersonals beschimpft und ausgegrenzt wurde oder vor dem Dilemma stehen, dass diejenigen, die möglicherweise zu Recht darauf hingewiesen haben, dass eine rot-grüne Minderheitsregierung toleriert von den Linken nicht zustande kommen kann. Doch ein Scheitern dieser Option wird nicht allein Frau Ypsilanti, sondern ganz wesentlich den handelnden Akteuren auf Bundesebene zugeschrieben werden, die an einer solchen Niederlage eifrig mitgewirkt oder sich durch Nichthandeln schuldig gemacht haben.

Ein Jahr vor der Bundestagswahl stehen die beiden großen Volksparteien vor dem Dilemma, nicht handelnde Akteure zu sein, sondern sich vielmehr in Abhängigkeit von den kleineren Parteien zu befinden. Sowohl im Hinblick auf deren Stimmabschneiden als auch im Hinblick auf die koalitionspolitische Beweglichkeit von Liberalen und Grünen.

d) DIE LINKE.

Die Linke. kann mit der bayerischen Landtagswahl ihre Erfolgsserie fortsetzen – auch wenn es bei dieser Wahl für einen Einzug in den Landtag nicht gereicht hat. Während die bayerische Sozialdemokratie die Schwäche der Union nicht auszunutzen wusste, hat Die Linke. ihr Stimmenpotenzial erweitern können. Sie ist ein Aspirant auf die Mitgliedschaft im Landtag 2013 und zählt nach der Bayernwahl erst recht zu den „etablierten“ Parteien, mit denen in Ost und West gerechnet werden muss.

Umso mehr, als die anstehenden Entscheidungen in Hessen auch für Die Linke. eine neue Phase der politischen und inhaltlichen Entwicklung bedeuten. Gelingt es tatsächlich, die

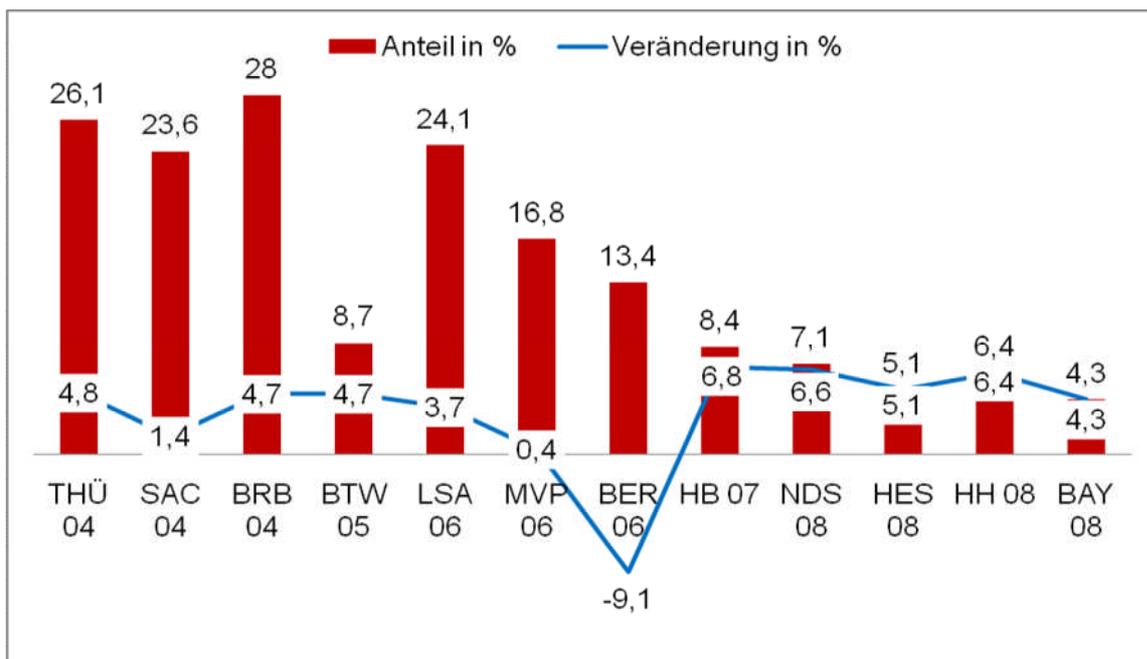
⁵ Schwarze Szenarien im Adenauer-Haus, <http://www.faz.net>

Koch-Regierung abzulösen, steht Die Linke. in Hessen in der Verantwortung, ihren politischen Gebrauchswert zu zeigen. Der Gebrauchswert muss dabei mehr umfassen als die Rolle der besseren Sozialdemokratie („Das Original“): Im Kern geht es um den praktischen Beweis, nicht nur in Ost- sondern auch in Westdeutschland in der Lage zu sein, im konkreten politischen Alltag gestaltend auf das Gemeinwesen einzuwirken.

In den kommenden Landtagswahlen des Jahres 2009, insbesondere im Saarland, in Thüringen und Brandenburg aber auch in Sachsen wird die Wahl der LINKEN mit der konkreten Frage nach einer Regierungsalternative verbunden sein. Für die Beantwortung dieser Frage muss Die Linke. strategische Gestaltungsprojekte vorweisen können, die im Alltagsbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger ansetzen, umsetzbar sind und für die sich Bündnisse lohnen. Bündnisse, die dann im Übrigen von den Ländern nicht zuletzt über den Bundesrat auch auf die Bundespolitik wirken und auch dort die Frage nach einer Gestaltungsalternative eröffnen.

Die Wahl in Bayern zeigt, dass Die Linke. sich ein eigenständiges Wähler/-innenpotenzial noch erarbeiten muss. Ihre Wähler/-innenbasis ist noch fragil und kennzeichnend für eine Protestpartei, die sich ein konzeptuelles Fundament erst noch erarbeiten muss. Darin und in der Erprobung von Gestaltungsprojekten wird die zweite Stufe des Parteibildungsprozesses bestehen.

Wahlergebnisse der Linken seit 2004



Quelle: Eigene Zusammenstellung

Ausgangslage und Verlauf des bayerischen Landtagswahlkampfes

a) Das bayerische Wahlrecht

In Bayern wird nach dem System einer personalisierten Verhältniswahl mit offenen Listen gewählt. Im Vergleich zu Wahlen auf Bundesebene weist das bayerische Wahlrecht mehrere Besonderheiten auf:

- Die Sitzverteilung im Landtag ergibt sich aus der Summe der Erst- und Zweitstimmen. In anderen Bundesländern und bei Bundestagswahlen entscheidet hingegen die Erststimme über die Wahl der Direktkandidat/-innen im Wahlbezirk. Die Zweitstimme wiederum bestimmt die Zahl der Plätze im Parlament. Dies führt üblicherweise dazu, dass Erststimmen häufiger den großen Parteien mit aussichtsreichen Direktkandidat/-innen gegeben werden, um die Stimme nicht zu „verschenken“. Bei einer bayerischen Landtagswahl ist es jedoch sogar lohnenswert, eine kleinere Partei mit beiden Stimmen zu wählen, da beide Stimmen dieser Partei zu Gute kommen.
- Direktkandidat/-innen, die in ihrem Wahlbezirk (Stimmkreis) die Wahl gewonnen haben, können nur in den Landtag einziehen, wenn auch ihre Partei die Hürde von 5 Prozent erreicht hat. Das heißt im Umkehrschluss, dass siegreiche Stimmkreis Kandidat/-innen, deren Partei an der Sperrklausel scheitert, kein Mandat erhalten, sondern die Bewerberin oder der Bewerber mit der zweithöchsten Stimmenzahl in den Landtag einzieht..
- Mit der Zweitstimme können die Wähler/-innen direkt einen Bewerber oder eine Bewerberin auf der Liste einer Partei ankreuzen.
- Der bayerische Verfassungsgerichtshof hat die Anwendung des d'Hondtschen Höchstzahlverfahrens unter dem geltenden Landeswahlrecht (getrennte Sitzverteilung in den sieben Regierungsbezirken) für verfassungswidrig erklärt.
- Das Wahlgebiet ist in sieben Wahlkreise, die mit den Regierungsbezirken identisch sind, eingeteilt. Die Wahlkreise bilden eine wahltechnische Einheit, eine Verrechnung über den Wahlkreis hinaus findet – mit Ausnahme der Mehrheitsklausel (s. u.) – nicht statt. Im gleichen Verhältnis, wie sich die Einwohnerzahlen der Wahlkreise zueinander verhalten, erfolgt die Verteilung der 180 Sitze an die Wahlkreise. Von den Sitzen eines Wahlkreises wird jeweils die Hälfte (bei ungerader Zahl der Sitze, ein Sitz mehr) per Mehrheitswahl in Stimmkreisen vergeben, die anderen über Wahlkreislisten:

Wahlkreis	Gesamt	Abgeordnete	
		im Stimmkreis	davon auf Wahlkreisliste
Oberbayern	58	29	29
Niederbayern	18	9	9
Oberpfalz	17	9	8
Oberfranken	17	9	8
Mittelfranken	24	12	12
Unterfranken	20	10	10
Schwaben	26	13	13
Bayern Gesamt	180	91	89

b) Die programmatischen Schwerpunkte und Strategien der Parteien

Die strategischen Ziele der **CSU** veränderten sich je stärker sie in den Umfragen nach unten zu trudeln begannen. Ging es ursprünglich noch darum, ein Ergebnis deutlich über 50% zu erreichen, setzten die CSU-Strategen und das Duo Beckstein/Huber in der Schlussphase des Wahlkampfes alles daran, zumindest die absolute Mehrheit an Mandaten zu erreichen, um allein weiterregieren zu können. Darüber hinaus sollte Die Linke. aus dem Landtag ferngehalten werden – ein Thema, das letztlich nicht der CSU, sondern den LINKEN nützte.

Inhaltlich setzte die CSU auf die steuerliche Entlastung der Bürgerinnen und Bürger mittels ihres Konzepts "Mehr Netto für alle". Im Zentrum dieses Konzepts, mit dem vor allem die FDP klein gehalten werden sollte, stand die Wiedereinführung der alten Pendlerpauschale, was die CDU jedoch ablehnte. Zudem forderte die CSU eine Entlastung des Mittelstands bei der Reform der Erbschaftsteuer.

Ein weiteres Thema des CSU-Wahlkampfes war die Bildungspolitik. Strukturell sollte es keine Veränderungen geben, jedoch sollte mit der Einstellung tausender neuer Lehrer/-innen sowie der Verkleinerung der Klassen eine Entspannung bei diesem zunehmend heikleren Themenfeld erreicht werden. Darüber hinaus wurde ein "bedarfsgerechter" Ausbau der Ganztagsangebote versprochen.

Beim Thema Sicherheit setzte die CSU auf Online-Durchsuchungen und Video-Überwachung. Im Energiebereich forderte sie die Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke.

Die **SPD** trat mit dem Slogan „Bayern, aber gerechter“ und der Rolle des Underdog an. Ihr Ziel: 25+x und die Verdrängung der trudelnden CSU von der Macht.

Sie forderte Mindestlöhne, ein gerechteres Bildungssystem mit mehr Chancengerechtigkeit durch kleinere Klassen, längeren gemeinsamen Schulzeiten und dem Ausbau der Ganztagsbetreuung. Darüber hinaus warben sie für ein kostenfreies letztes Kindergartenjahr sowie für das Recht auf Kinderbetreuungsplätze von 1 bis 14 Jahren und die Abschaffung der Studiengebühren.

Der Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke setzte die SPD die klare Aussage zum Ausstieg aus der Atomkraft gegenüber. Es gelang der SPD dieses Thema im Wahlkampf erkennbar zu setzen.

Die Grünen wollten die CSU ebenfalls von der Macht verdrängen, ihr Stimmenergebnis verbessern und wenn sich eine Regierung ohne CSU nicht durchsetzen ließe, hätten sie für schwarz-grüne Sondierungsgespräche bereitgestanden. Letzteres ist auch weiterhin nicht ausgeschlossen. Inhaltlich setzten sich für eine gentechnikfreie Landwirtschaft ein. Nicht zuletzt darauf ist der überraschende Kursschwenk der bayerischen Landesregierung in der Schlussphase des Wahlkampfes zurückzuführen, künftig keine Gentechnik in der Landwirtschaft anzuwenden. Doch typisch für die Staatsregierung wurde mit dem Beschluss zugleich darauf hingewiesen, dass die Verantwortung und Durchsetzungskraft bei der Bundesregierung und der EU läge. Zudem warben die Grünen für den Ausbau der erneuerbaren Energien sowie eine bessere Bildung. Sie wollen den Ausbau der Kinderkrippen, einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder unter drei Jahren, eine längere gemeinsame Grundschulzeit und mehr Ganztagsangebote.

Relativiert hatten die Grünen den umstrittenen Beschluss des Landesparteitags, alle religiösen Symbole aus Bayerns Schulen zu verbannen - das Kreuz wie auch das Kopftuch. natürlich hält die Öko-Partei am Atomausstieg fest.

Nicht zuletzt kritisierte sie die Verschärfung des Versammlungsrechts in Bayern.

Die **FDP**, die seit 1994 nicht mehr im Landtag vertreten waren, wollten vor allem in den Landtag einziehen. Als sich im Laufe des Wahlkampfes die Möglichkeit einer schwarz-gelben Regierung als Möglichkeit abzeichnete, erklärten sie unverzüglich Gesprächsbereitschaft. Inhaltlich suchten die Liberalen die Wiederannäherung als originäre Interessenvertretung an den bayerischen Mittelstand, traten für Steuerentlastungen ein und lehnten die Erbschaftsteuer als mittelstandsfeindlich ab. In der Tradition von Leutheuser-Schnarrenberger, der bayerischen FDP-Vorsitzenden warf sie der CSU vor, Bayern mit ihren Vorstößen zu Online-Durchsuchungen in einen Überwachungsstaat verwandeln zu wollen. Die Liberalen kritisierten das strikte Rauchverbot und sahen dies als unzulässigen Eingriff in die Gewerbefreiheit der Wirte an.

Die **Freien Wähler** erkannten nach den Wahlerfolgen der Kommunalwahl und der offensichtlichen Schwäche der CSU in dieser Landtagswahl die realistische Chance eines Einzugs in den Landtag. Die Bereitschaft der vormaligen CSU-Landrätin und Stoiber-„Königsmörderin“

Gabriele Pauli, die Spitzenkandidatur zu übernehmen kam ihnen dabei ganz recht. So konnten sie sich authentisch als originäre Alternative für enttäuschte CSU-Anhänger/-innen darstellen und zugleich durch Verweis auf ihre kommunale Basis jede Gemeinsamkeit mit dem Stoiberismus und seinen Ablegern Huber/Beckstein verneinen.

Sie forderten bei Erhalt des dreigliedrigen Schulsystems kleinere Klassen, mehr Lehrer sowie die Abschaffung der Studiengebühren. Auf das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts würden die Freien Wähler (FW) für mehr Investitionen in die Bildung notfalls verzichten.

Sie sprachen sich für ein Festhalten am Atomausstieg aus und gegen Gentechnik in der Landwirtschaft. Naturgemäß außerhalb der Städte und urbanen Räume am stärksten verankert, setzten sich die Freien Wähler vor allem für die Stärkung des ländlichen Raums ein.

Die Linke, die bei dieser Wahl erstmals in Bayern antrat und mit den Tücken des komplizierten Wahlsystems zu kämpfen hatte, strebte den Einzug in den Landtag als ihren Beitrag sowohl zur Stärkung der LINKEN als auch der Ablösung der CSU-Herrschaft an.

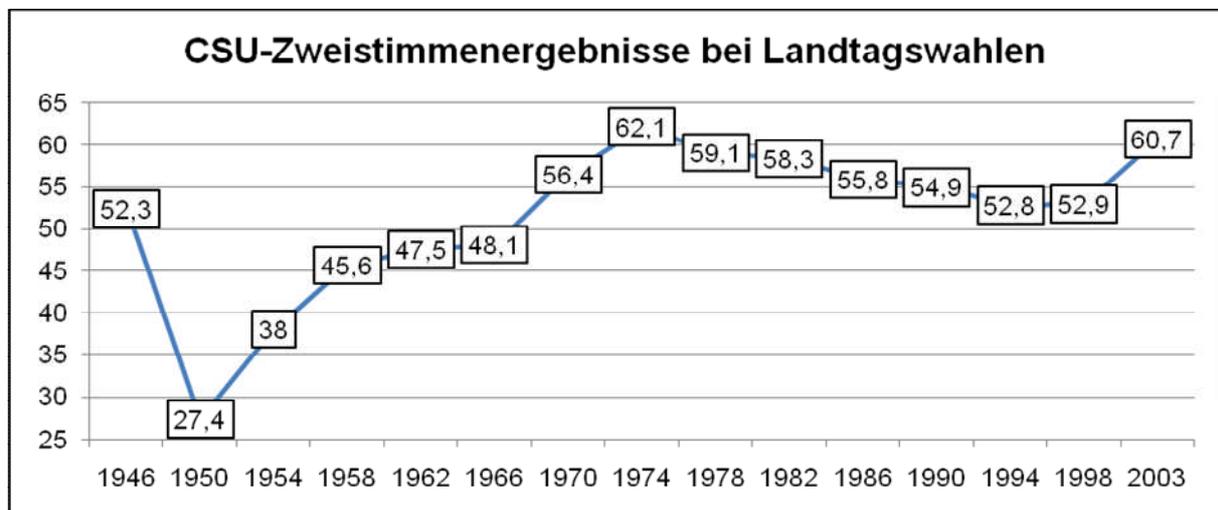
Die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit stand naturgemäß im Zentrum des Wahlprogramms der Linken. Die Partei forderte einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro, den Stopp der Privatisierungen, paritätische Mitbestimmung in Großunternehmen und die Wiedereinführung der alten Pendlerpauschale.

Bildungspolitisch setzte sie sich für kostenlose Mittagessen in Schulen und Kindergärten sowie eine zehnjährige gemeinsame Schulzeit ein.

c) Erkenntnisse aus den Vorwahlumfragen

Die politische Stimmung in Bayern vor der Wahl

Das politisch bestimmende Thema des bayerischen Landtagswahlkampfes war die Frage, ob es dem Duo Beckstein und Huber gelingen würde, die 1962 errungene absolute Mehrheit zu verteidigen.



Dabei schälte sich zunehmend eine Wechselstimmung in der Bevölkerung heraus. Nach Angaben von Infratest-dimap⁶ sprachen sich rund zwei Wochen vor der Wahl 54% der Befragten für eine andere Regierungskonstellation aus. Nur 38% wollten die CSU weiterhin allein in der Regierung sehen. Ob es jedoch tatsächlich zu einem Machtwechsel kommen würde, war wiederum umstritten: jeweils 48% waren nach Infratest-dimap⁷ der Auffassung es könnte zu einem Regierungswechsel kommen bzw. bestritten dies.

⁶ <http://www.infratest-dimap.de/?id=149>

⁷ <http://www.infratest-dimap.de/?id=149>

Auch in Bayern wurde die Landtagswahl durch Kurzzentschlossene entschieden. Rund 14 Tage vor der Wahl wusste noch ein knappes Viertel (23%) der von Infratest-dimap Befragten nicht, welche Partei sie am Wahltag wählen würden.⁸

Die Forschungsgruppe Wahlen (FGW) stellte in ihren Befragungen vor der Wahl und am Wahltag⁹, auf die nachstehend Bezug genommen wird, fest, dass neben der Zufriedenheit mit der Regierungspolitik auch die Zufriedenheit mit dem Führungspersonal rückläufig war: Zwar bescheinigten 62% der Stimmberechtigten Günther Beckstein eine gute Arbeit in seinem ersten Jahr als bayerischer Ministerpräsident, bei seinem Vorgänger Edmund Stoiber waren dies 2003 aber 80%. Auch wurde Beckstein auf der +5/-5-Skala mit einem Durchschnittswert von 1,4 zwar besser als sein Herausforderer Franz Maget (SPD) mit 0,9 bewertet, aber auch schlechter als Stoiber vor der letzten Wahl (2003: 2,1). In der Woche vor der Wahl sprachen sich 55% für Beckstein als Ministerpräsidenten aus, nur 25% für Maget. Auch beim Persönlichkeitsprofil schnitt Beckstein insgesamt besser ab als sein Kontrahent, bei der Eigenschaft Sachverstand (Beckstein: 27%; Maget: 10%) sahen aber 38% und in punkto Glaubwürdigkeit (Beckstein: 22%; Maget: 13%) 48% keinen Unterschied zwischen beiden.

Als wichtigste Themen vor dieser Wahl nannten die Befragten in Bayern zuerst Schule und Bildung (32%), gefolgt von der Lage auf dem Arbeitsmarkt (21%) und dem Komplex Kosten, Preise und Löhne (13%). Gerade beim Schlüsselthema Schul- und Bildungspolitik hat die CSU deutlich an Kompetenz verloren: Nur noch 32% der Wahlberechtigten sagten in der Woche vor der Wahl, die CSU könne die Probleme der Schul-/Bildungspolitik am besten lösen, 27% nannten die SPD.

Die größere Arbeitsmarkt- sowie die Wirtschaftskompetenz wurde zwar nach wie vor eindeutig bei der CSU gesehen, doch schienen diese Probleme nicht mehr wahlentscheidend zu sein.

Erste Analyse der Wahlergebnisse in Bayern

a) Die Wahlergebnisse im Einzelnen – nach Parteien und Regionen

Ergebnis der Landtagswahl in Bayern im Vergleich 2003–2008 (Gesamtstimmen)

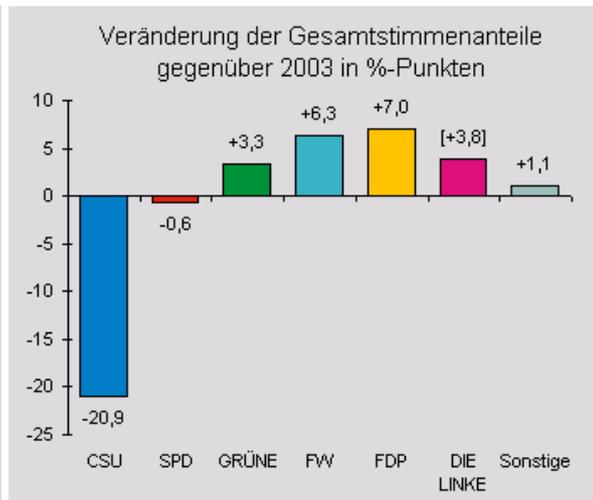
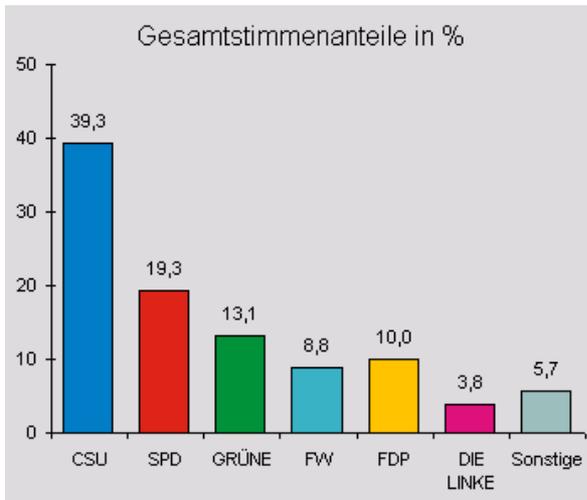
28. September 2008						
Wahlberechtigte			9.296.724			
Wähler/-innen			5.402.569			
Gültige Stimmen			10.603.614			
Wahlbeteiligung			58,1			
	Absolute Zahlen		Anteile		Mandat	
	Stimmen	Diff. zu 2003	%-Stimmen	Diff. zu 2003	Mandate	Diff. zu 2003
CSU	4.600.463	-1.617.401	43,4	-17,3	187	-32
SPD	1.971.030	-41.235	18,6	-1,0	92	-2
FDP	846.076	582.336	8,0	5,4	39	16
Grüne	998.084	205.034	9,4	1,7	16	4
Die Linke.	461.131	461.131	4,3	4,3	19	-
Freie Wähler	1.085.596	674.290	10,2	6,2	-	21

Quelle: <http://www.landtagswahl2008.bayern.de>

⁸ <http://www.infratest-dimap.de/?id=149>

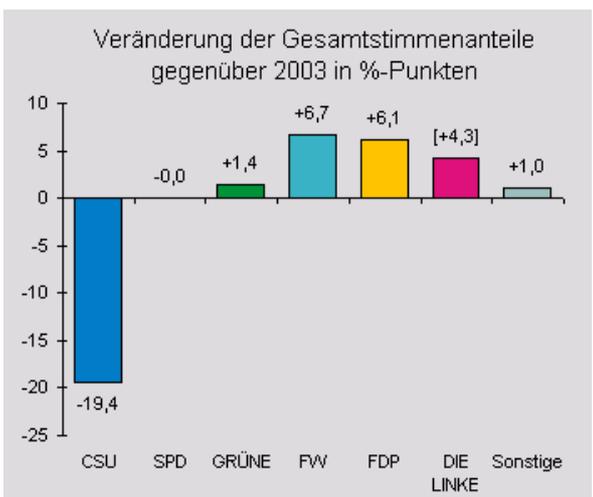
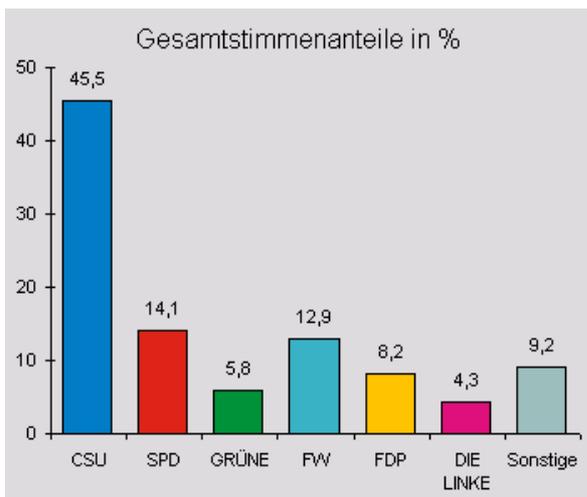
⁹ http://www.forschungsgruppe.de/_/LTW_Bayern/

Oberbayern:



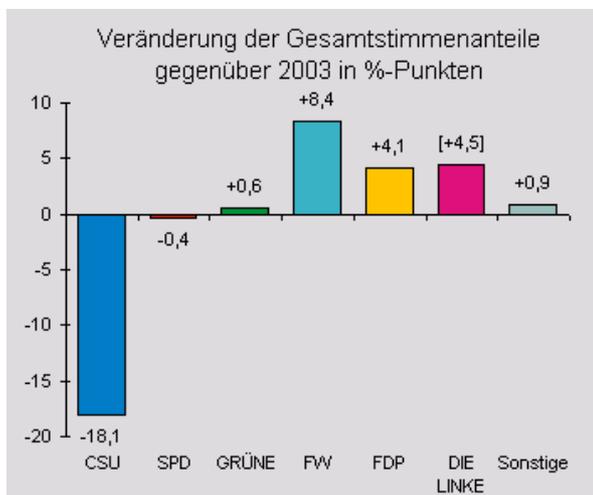
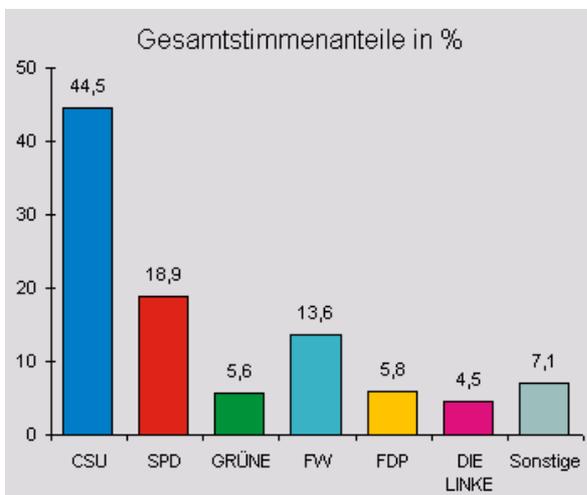
Quelle: <http://www.landtagswahl2008.bayern.de>

Niederbayern:



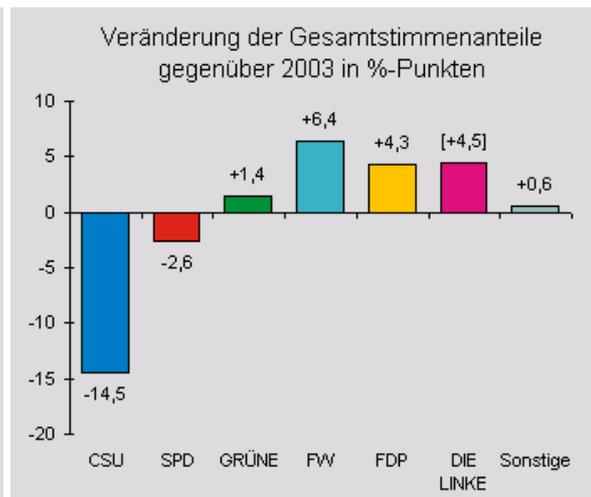
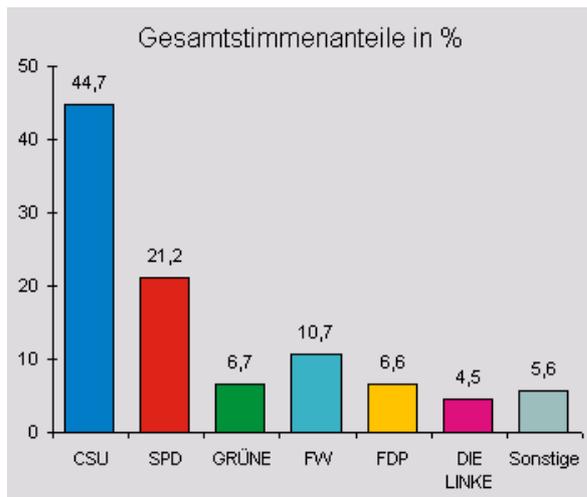
Quelle: <http://www.landtagswahl2008.bayern.de>

Oberpfalz:



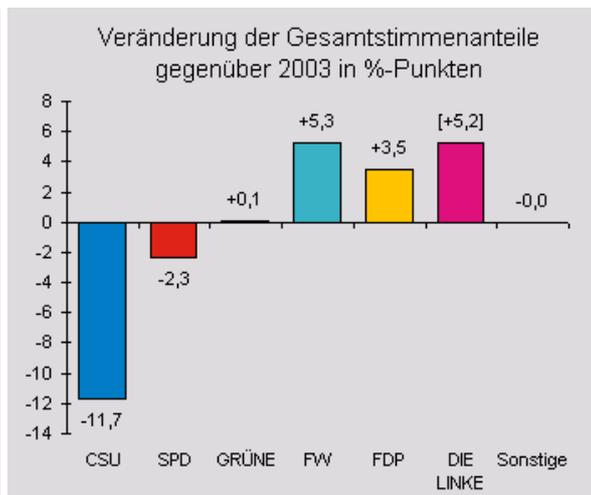
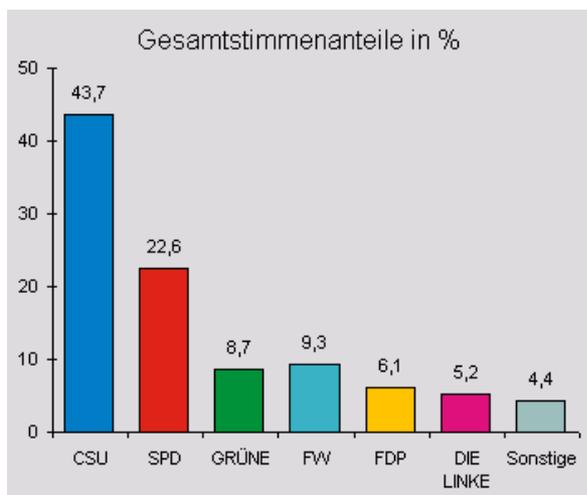
Quelle: <http://www.landtagswahl2008.bayern.de>

Oberfranken:



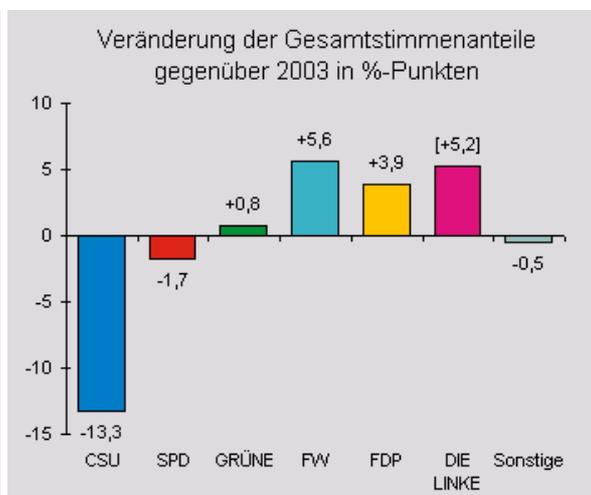
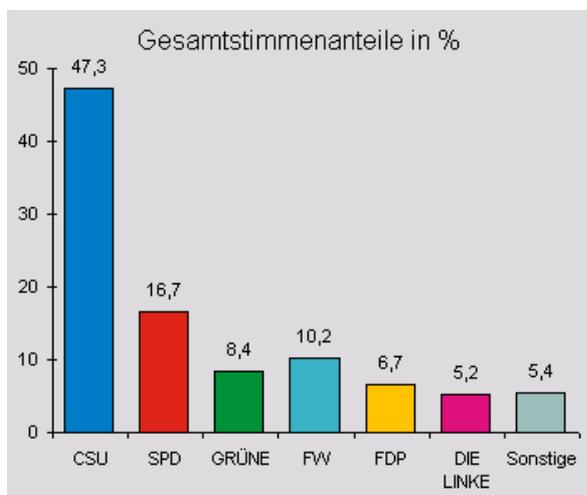
Quelle: <http://www.landtagwahl2008.bayern.de>

Mittelfranken:



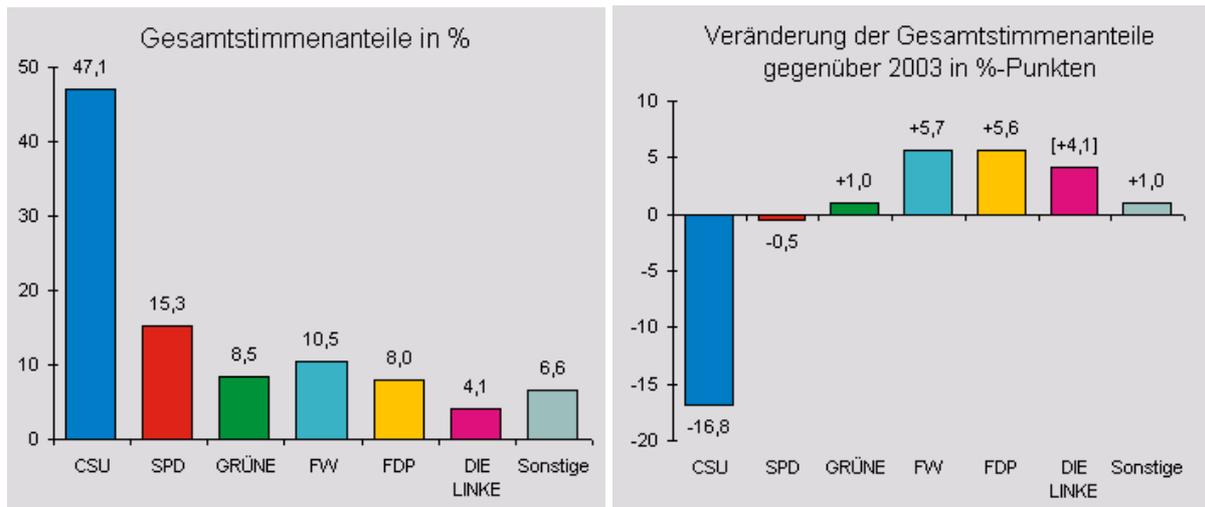
Quelle: <http://www.landtagwahl2008.bayern.de>

Unterfranken:



Quelle: <http://www.landtagwahl2008.bayern.de>

Schwaben:



Quelle: <http://www.landtagswahl2008.bayern.de>

b) Wähler/-innenwanderungen

Wählerstromanalysen berechnen die Wählerwanderungen zwischen politischen Parteien sowie Nichtwählern. Sie vergleichen immer zwei Wahlen miteinander, das heißt, dass sich die Wählerströme einer Wahl immer in Bezug auf eine Vergleichswahl verstehen.

Als Wählerströme werden die Bewegungen von Wähler/-innen zwischen den Parteien bezeichnet. Einen Wählerstrom bilden z. B. all jene Wähler/-innen, die bei der Landtagswahl 2003 die Partei A wählten aber bei der Landtagswahl 2008 die Partei B wählten.

Als zusätzliche „Partei“ wird in Wählerstromanalysen jene der Nichtwähler eingeführt. Somit ist es möglich, auch Mobilisierungen von und Demobilisierungen zu den Nichtwähler als Wählerströme darzustellen.

Zuwanderung (+) bzw. Abwanderung (-) der Wähler/-innen bei der bayerischen Landtagswahl 2008

	CSU	SPD	FDP	Grüne	LINKE.	Freie Wähler	Andere	Nichtwähl.
CSU		-80.000	-180.000	-60.000	-40.000	-190.000	-60.000	-130.000
SPD	80.000		-10.000	-30.000	-50.000	-40.000	±0	20.000
FDP	180.000	10.000		10.000	-10.000	±0	10.000	40.000
Grüne	60.000	30.000	-10.000		-30.000	±0	-10.000	20.000
DIE LINKE.	40.000	50.000	10.000	30.000		10.000	30.000	40.000
Freie Wähler	190.000	40.000	±0	±0	-10.000		±0	80.000

Quelle: <http://stat.tagesschau.de/WA-2008-0928/by/flash/index.shtml?lra=BR> (Stand: 29.09.2008, 07:15 Uhr)

Die **CSU** verliert an alle Parteien und an das Lager der Nichtwähler/-innen. Sie verliert insbesondere Stimmen an die beiden bürgerlichen Parteien, FDP (180.000) und Freie Wähler (190.000). Doch auch SPD, Grüne und Die Linke, sowie kleinere Parteien profitieren von der Wähler/-innenflucht der CSU.

Die **SPD** erhält zwar 80.000 Stimmen von der CSU und kann 20.000 Stimmen aus dem Nichtwähler/-innenlager gewinnen, doch verliert sie im Saldo 30.000 Stimmen mehr, als sie hinzugewinnen kann.

Die **FDP** verdankt ihren Einzug in den Landtag vor allem enttäuschten CSU-Wähler/-innen. Rund 180.000 Stimmen kommen von dort. Darüber hinaus kann sie 40.000 Nichtwähler/-

innen mobilisieren und in kleinerem Maße sowohl von der SPD als auch den Grünen Stimmen abziehen. Interessanterweise gibt sie rund 10.000 Stimmen an Die Linke. ab.

Die **Grünen** können insgesamt 110.000 Stimmen von der CSU, der SPD und aus dem Lager der Nichtwähler/-innen hinzugewinnen. Sie geben aber auch Stimmen ab und zwar 30.000 an Die Linke. und 10.000 an die FDP. Ebenso wie die FDP hat sie keinen Stimmenaustausch mit den Freien Wählern.

Die LINKE. tritt zum ersten Mal zur Landtagswahl an und gewinnt insoweit von anderen Parteien hinzu. Die Zugewinne von der CSU, der SPD und den Grünen liegen zwischen 50.000 und 30.000. Daraus lässt sich keine spezifische Wähler/-innenschaft ableiten. Weiterer Aufschluss kann sich aus den sozialen Milieus ergeben. Bezeichnend ist jedoch, dass wie in den vorangegangenen Wahlen der Austausch mit der SPD zwar relativ gesehen höher als mit anderen Parteien ist, jedoch keine tatsächliche Signifikanz aufweist.

Die **Freien Wähler** können in erheblichem Maße von der CSU-Krise aber auch dem schwachen Abschneiden der SPD profitieren. Wähler/-innen, die 2003 noch SPD gewählt haben, trauen den FW offensichtlich mehr als der SPD zu, Einfluss auf die Landespolitik zu nehmen. Dies ist sicherlich eines der bezeichnenden Armutzeugnisse der bayerischen SPD. Zweimal so viele Wähler/-innen wie die FW von der SPD erhalten, strömen ihr aus dem Nichtwähler/-innenspektrum zu. Sie geben jedoch auch Stimmen ab und zwar 10.000 an Die Linke., die möglicherweise eine linke Protestalternative gefunden haben.

c) Wer wählte wen?

Für eine qualifizierte Auswertung der Wahlergebnisse ist von Interesse, wie sich bestimmte soziale Gruppen bei der Wahl verhalten haben.¹⁰

Tabelle: Wähler/-innen nach Tätigkeit (Angaben in %)

Wähler/-innen	CSU	SPD	FDP	Grüne	Linke	FW
Arbeiter/-innen	43	21	5	6	6	11
Angestellte	40	20	9	11	5	11
Selbständige	41	11	15	13	4	10
Beamte	42	21	6	11	4	11

(Quelle: Forschungsgruppe Wahlen: <http://www.zdf.de>)

Die Analyse der vergebenen Stimmen nach Tätigkeit der WählerInnen zeigt, dass sowohl die CSU als auch die Linke den größten Anteil ihrer Stimmen von den ArbeiterInnen erhielten. Die SPD erhielt die meisten Stimmen von ArbeiterInnen und von Beamten. Die Grünen und die FDP erhielten den Großteil ihrer Stimmen hingegen von den Selbständigen. Die Freien Wähler konnten ungefähr gleich viele Anteile an Stimmen bei allen Tätigkeitsgruppen holen.

Tabelle: Altersstruktur der Wählerinnen und Wähler (Angaben in %)

Wähler/-innen	CSU	SPD	FDP	Grüne	Linke	FW
Unter 30 Jahre	42	18	7	10	4	11
30 bis 44 Jahre	37	16	10	14	4	13
45 bis 59 Jahre	38	19	9	11	6	11
über 60 Jahre	53	21	7	4	4	8

(Quelle: Forschungsgruppe Wahlen: <http://www.zdf.de>)

¹⁰ Bei der Erstellung der Wahlberichterstattung waren die Autoren dieser Untersuchung auf die im Internet von Infratest-dimap (ARD) bzw. der Forschungsgruppe Wahlen zur Verfügung gestellten Daten angewiesen. Lücken in der Datenfolge, wie z.B. den Altersangaben, sind sehr bedauerlich, liegen aber in entsprechend sparsamer Veröffentlichung der genannten Institute begründet.

Der Blick auf die Altersstruktur der WählerInnen zeigt, dass die CSU und die SPD ihren jeweils größten Stimmanteil von den über 60-Jährigen erhielten. Beide Parteien bekamen gleichfalls die wenigsten Stimmen von den 30- bis 44-Jährigen, wohingegen die FDP, die Grünen und die Freien Wähler hier ihren größten Stimmanteil gewinnen konnten. Die Linke erhielt als einzige Partei den größten Stimmanteil von den 45- bis 59-Jährigen.

* * *

Erste Analyse der Kommunalwahlergebnisse in Brandenburg

a) Die Stimmung vor der Wahl

Nach Angaben von Infratest-dimap¹¹, die im Folgenden zitiert werden, zogen die Brandenburger/-innen wenige Wochen vor der Kommunalwahl mit Blick auf die Entwicklung der lokalen Verhältnisse eine überwiegend positive Bilanz. Zwei Drittel (68%) attestierten ihrer Stadt bzw. Gemeinde, dass sie sich in den letzten fünf Jahren in die richtige Richtung entwickelt habe, jeder Fünfte (18%) kritisierte eine falsche Entwicklung.

Dabei differieren die Ergebnisse nach Regionen. Außerhalb des Speckgürtels wurde mit 21% etwas häufiger eine falsche Entwicklung in den Kommunen kritisiert als im unmittelbaren Umkreis von Berlin (13%). Ebenso fanden sich in der Region Uckermark/Barnim, Oderland-Spree sowie in der Niederlausitz häufiger negative Stimmen zur Entwicklung von Städten und Gemeinden als im Havelland, dem Fläming oder in der Region Prignitz/Oberhavel.

Gefragt nach der Zufriedenheit mit örtlichen Themen, honorierten die Brandenburger/-innen die kommunalen Bemühungen im Vorschul- (72%) und Schulbereich (68%). Der Ausbau und die Modernisierung des Straßensystems wurden ebenso positiv beurteilt (60%) wie die Arbeit der Kommunalverwaltungen (57%) allgemein.

Überwogen beim Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln (52:40 Prozent) und der Arbeit der gewählten Kommunalpolitiker (49:40 Prozent) die wohlwollenden Stimmen, hielten sich bei der lokalen Freizeit- und Kulturpolitik (47:46 Prozent) sowie der kommunalen Abwasserpolitik (47:45 Prozent) Zustimmung und Ablehnung jeweils die Waage.

Eindeutig kritisch gesehen wurde von den Brandenburger/-innen die Finanzsituation der Kommunen (34:49 Prozent). Gegenüber 2003 ist die Kritik an der kommunalen Abwasserpolitik (+4) sowie vor allem beim Angebot des ÖPNV (+8) gewachsen.

Auch hier ist wiederum die räumliche Dimension von Bedeutung: In den kleineren Gemeinden wurde die örtliche Infrastruktur wesentlich kritischer beurteilt. Sowohl die Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr (36:56 Prozent) als auch die Jugend-, Sport- und Freizeitangeboten (40:53 Prozent) stießen dort auf ein mehrheitlich negatives Urteil. Das Angebot an wohnortnahen Schulangeboten wurde in kleineren Gemeinden mit 40 Prozent immerhin von mehr als doppelt so vielen kritisiert wie in den größeren (15%).

Herausforderungen für die Kommunalpolitik in ihrer Stadt oder Gemeinde sahen die Brandenburger/-innen in den nächsten Jahren vor allem in fünf Bereichen:

- der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (27%),
- der weiteren Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur (20%),
- der Absicherung einer ausreichenden öffentlichen Infrastruktur (15%),
- einschließlich der Bereitstellung von Kinderbetreuungs- und Schulangeboten (10%)
- sowie dem Umgang mit zunehmenden demografischen Problemen (8%).

Wird die räumliche Dimension hinzugezogen stellten sich auch hier deutliche Variationen, erkennbar nach Region oder der Größe der Gemeinde, ein. So wurde die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in der Niederlausitz besonders häufig thematisiert (40%), weniger dagegen in der Region Havelland/Fläming (17%), wo die Aufrechterhaltung einer guten Verkehrsinfrastruktur als besonders wichtig angesehen wurde (24%). Ebenso wurden demografische Probleme in den Städten (4%) nur halb so häufig thematisiert wie in den kleineren Gemeinden (10 %).

Bezogen auf die Wahlbeteiligung konnte ausgehend von den Daten von Infratest-dimap erneut mit einer Quote unter 50% gerechnet werden. Denn lediglich 43% der Brandenburger/-innen gaben an, dass sie an den Urnengängen in den Städten und Gemeinden sehr stark oder stark interessiert seien, sechs von zehn (57%) geben an, weniger oder gar nicht interessiert zu sein. Dass letztlich doch rund 50% der Brandenburger/-innen, die wahlberechtigt

¹¹ <http://www.infratest-dimap.de/?id=177>

waren, zur Kommunalwahl gingen, stellte eine deutliche Steigerung gegenüber den 43% der Kommunalwahl von 2003 dar.

b) Die Ergebnisse im Einzelnen – nach Parteien und Regionen

Betrachtet werden hier allein CDU, SPD und Die Linke. Bedauerlicherweise stellte das Statistische Landesamt Brandenburg auch am Montag, dem 29.09.2008 gegen 08.30 Uhr noch keine Daten zur Verfügung, mit denen die Gruppe der „Sonstigen Parteien“ aufgedgliedert werden konnte.

Ergebnis der Kommunalwahl 2008 im Vergleich zu 2003 (jeweils Gewinn/Verlust)						
Region	CDU		SPD		Die Linke.	
	2008	2003	2008	2003	2008	2003
Brandenburg/Havel	30,4	-6,9	27,2	4,6	23,9	9,0
Cottbus	18,2	-5,9	26,9	8,6	28,6	0,1
Frankfurt/Oder	17,7	-9,3	20,8	5,8	37,4	3,5
Potsdam	11,8	-7,4	27,1	4,3	31,0	-2,8
Landkreis Barnim	16,1	-8,1	21,7	-1,2	28,4	3,7
Landkreis Dahme-Spreewald	20,0	-3,3	26,7	1,7	23,6	3,4
Landkreis Elbe-Elster	27,4	-9,3	20,8	1,0	20,8	4,3
Landkreis Havelland	22,3	-10,6	28,8	3,1	21,0	2,6
Landkreis Märkisch-Oderland	16,8	-9,7	23,4	1,3	30,6	5,8
Landkreis Oberhavel	19,9	-8,8	27,5	0,0	23,1	3,6
Landkreis Oberspreewald-Lausitz	23,1	-9,3	28,8	3,0	22,2	3,1
Landkreis Oder-Spree	15,0	-8,3	29,7	2,4	27,8	5,6
Landkreis Ostprignitz-Ruppin	18,2	-7,8	23,4	0,9	23,3	3,5
Landkreis Potsdam-Mittelmark	23,7	-5,3	26,2	3,7	20,2	2,6
Landkreis Prignitz	21,4	-8,0	20,9	1,7	19,9	2,4
Landkreis Spree-Neiße	23,7	-12,1	23,0	2,3	21,8	1,8
Landkreis Teltow-Fläming	18,3	-5,0	26,9	2,2	25,3	4,9
Landkreis Uckermark	20,3	-7,4	23,9	0,8	20,6	0,8

SPD-Chef und Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) sagte zum Ergebnis seiner Partei: „Ich hätte mir ein oder zwei Prozent mehr gewünscht.“ Er schloss ggü. Nachrichtenagenturen rot-rote- Bündnisse auf lokaler Ebene nicht aus, dies müssten aber die Akteure vor Ort entscheiden.

Der Linke-Vorsitzende Thomas Nord sagte, der Ergebnistrend entspreche den Erwartungen. Die CDU werde mit so einem Ergebnis „in schweres Fahrwasser“ geraten.

Brandenburgs CDU-Landeschef Ulrich Junghanns räumte „herbe Verluste“ ein. „Das kann man nicht kleinreden“, sagte er der Deutschen Presse-Agentur dpa. „Die CDU wird sich mit dem schwierigen Wahlergebnis auseinandersetzen.“

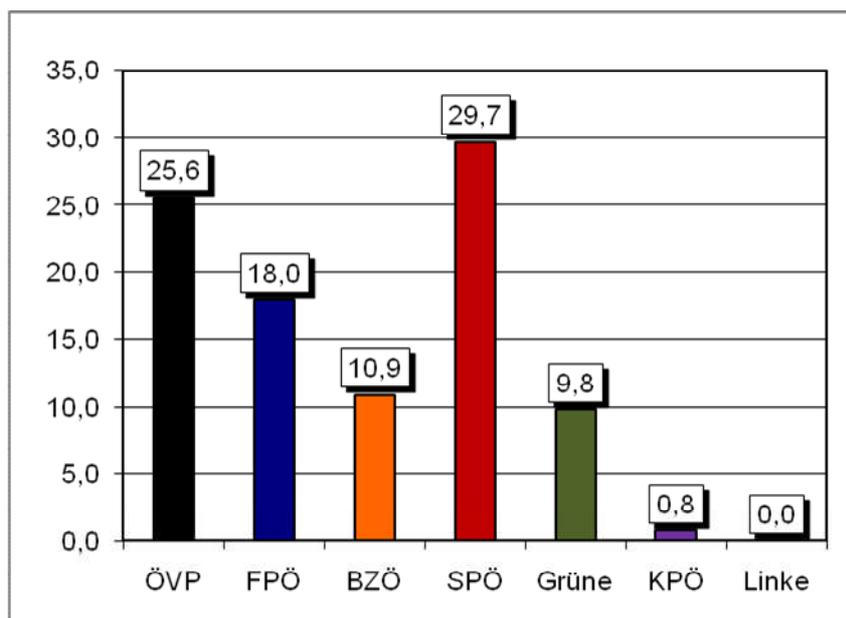
* * *

Die Nationalratswahlen in Österreich am 28. September 2008

I. Volksparteien SPÖ und ÖVP im Niedergang – Rechtsparteien triumphieren – Verschiedene Regierungsbildungen denkbar

Nachdem sich der Sozialdemokrat Alfred Gusenbauer im Wahlkampf 2006 gegen den konservativen Kanzler Wolfgang Schüssel als "Sozialfighter" anpries, den Österreichern höhere Löhne und Pensionen versprach und einen Verzicht auf Studiengebühren und auf den Ankauf milliardenteurer "Eurofighter", gelang ihm die Überraschung: Die SPÖ konnte zwar nicht an Wählerstimmen zulegen, verlor aber deutlich weniger als die ÖVP. Das genügte, um bei den Nationalratswahlen vom 1. Oktober 2006 die Österreichische Volkspartei unter Bundeskanzler Schüssel auf den 2. Platz zu verweisen.

Doch bereits bei den anschließenden Koalitionsverhandlungen mit seinem Amtsvorgänger brach der neue Kanzler Gusenbauer sämtliche Wahlkampfversprechen. Das Image des "Umfallers" wurde er seither nicht mehr los. Zuletzt hatte er so gut wie niemanden mehr an seiner Seite. Die aus Mangel an Alternativen gebildete Große Koalition aus SPÖ und ÖVP bot ein Bild des gegenseitigen Misstrauens und Verdrusses. Nach EU-kritischen Äußerungen des neuen SPÖ-Vorsitzenden und Spitzenkandidaten Werner Faymann erklärte der ÖVP-Chef und österreichische Finanzminister Werner Molterer im Juni die Koalition für gescheitert.



Die daraufhin angesetzten Neuwahlen standen unter dem Eindruck nachlassender Konjunktur und eines Kopf-an-Kopf-Rennens zwischen Faymann und Molterer, bei dem Faymann – nicht zuletzt mit starker medialer Unterstützung der „Kronen Zeitung“ Molterer seit einiger Zeit um Nasenspitzen voraus lag. Der Einfluss der „Kronen Zeitung“ ist mit drei Millionen verkaufter Auflage, bei acht Millionen Leserinnen und Lesern nicht zu unterschätzen. Nach

Aussage der „Welt am Sonntag“ durchdringt sie wie keine andere Zeitung die Bevölkerung, von der 6,3 Millionen Bürgerinnen und Bürger am Sonntag zur Stimmabgabe aufgefordert waren.

Über die Konkurrenz zwischen den beiden traditionell dominierenden Volksparteien SPÖ und ÖVP, die seit 1945 jeweils fünf mal den Bundeskanzler stellten und dies jeweils insgesamt rund 32 Jahre, blieb in der Vorwahl-Berichterstattung der Wiederaufstieg der Rechtsparteien, bestehend aus FPÖ und der abgespaltenen BZÖ außer Betracht. Zu Unrecht, wie die Ergebnisse zeigen (siehe III.), denn die Nationalratswahl 2008 ist vielmehr ein weiteres Glied in der Kette des Niedergangs der beiden österreichischen Volksparteien. Die SPÖ erhielt 29,7 Prozent und verlor damit 5,7 Prozentpunkte sowie zehn Sitze. Sie kommt demnach auf 58 Mandate. Die ÖVP büßte 8,7 Prozentpunkte ein und landete bei 25,6 Prozent. Im Nationalrat verlor sie 16 Mandate und hat jetzt 50 Sitze.

Vorläufiges Endergebnis der österreichischen Nationalratswahlen (Stand: 28.09.2008)

Partei	2008*		2006	
	%	Sitze	%	Sitze
Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)	29,7 (-5,6)	59 (-9)	35,3	68
Österreichische Volkspartei (ÖVP)	25,6 (-8,7)	51 (-15)	34,3	66
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)	18,0 (+7,0)	35 (+14)	11,0	21
Die Grünen	9,8 (-1,2)	19 (-2)	11,0	21
Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ)	10,9 (+6,8)	19 (+12)	4,1	7
Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ)	0,8 (-0,2)	-	1,0	-
Linke	0,04 (+0,04)	-	-	-
Sonstige Parteien	5,2	-	3,9	-
Absolute Mandatszahl		183		183
Wahlbeteiligung		74,2		84,3

* in Klammern: Ergebnis im Vergleich zur vorhergehenden Wahl 2006

Der Chefredakteur der österreichischen Tageszeitung „Kurier“ fasst die Ergebnisse des Wahlabends wie folgt zusammen:

„(...) Man kann von einer Selbstentmachtung der bisherigen Großparteien sprechen. Ihre Fehler waren das Fremdkapital, das Strache & Haider zugute kam.

Die SPÖ unterwarf sich dem Dichandismus und wollte mit Europa-Kritik punkten. Der Versuch, die SPÖ zur Protestpartei umzupolen, endete in der Pleite.

Faymann verschaffte zwar der Anti-EU-Haltung breite Akzeptanz – aber am Sonntag liefen die verdrossenen Bürger in Scharen zu Strache & Haider über. Die beiden sind unschlagbar beim Dagegensein.

„(...) Die einstigen Großparteien haben ein Desaster ungeheuren Ausmaßes erlitten. Das rot-schwarze System, das die Republik über Jahrzehnte prägte, ist zu Ende. Oberflächlich hat das mit taktischen Fehlern, matten Spitzenkandidaten und programmatischen Schwächen zu tun. Der tiefere Grund ist, dass SPÖ und ÖVP seit längerem keine echten Volksparteien mehr sind, sondern nur mehr der gemeinsame Nenner ihrer Interessenvertretungen, die Summe ihrer Lobbys. Diese Enge und Starrheit begünstigt den Aufstieg rabiater Protestparteien. Die sind das Auffanglager für Enttäuschte. Das BZÖ unter Westenthaler war klinisch tot; Haider erweckte es binnen kürzester Zeit zum Leben. Strache profitierte von seinem hemmungslosen Wahlkampf und der alteingeführten Marke FPÖ.“¹²

Unklare Regierungsbildung – Rechtsparteien zur Regierungsübernahme bereit

Die SPÖ stellte trotz ihrer deutlichen Verluste und des bisher schlechtesten Wahlergebnisses der Zweiten Republik den Kanzleranspruch. Parteichef Werner Faymann nannte die ÖVP als ersten Ansprechpartner, schloss aber eine Minderheitsregierung nicht gänzlich aus. Wie eine solche Minderheitsregierung aussehen könnte wurde durch eine Allparteien-Abstimmungsgemeinschaft mit Ausnahme der ÖVP nur wenige Tage vor der Wahl deutlich. In einer 19-stündigen Parlamentssitzung setzte die SPÖ mit den Stimmen von FPÖ, BZÖ und Grünen in wechselnden Mehrheiten die Abschaffung der Studiengebühren, die Erhöhung der Pensionen, der Familienbeihilfen und des Pflegegeldes durch. Allein die Senkung der Mehrwertsteuer für Lebensmittel verfehlte die Mehrheit. Gleichwohl sei eine Minderheitsregierung aus Sicht der SPÖ nicht anstrebenswert.

Einmal mehr schloss Faymann eine Koalition mit FPÖ oder BZÖ. Laut ORF formulierte er: „Die haben in der Regierung nichts verloren.“

¹² <http://www.kurier.at/interaktiv/kommentare/207997.php>

An dieser "Ausgrenzungspolitik" ergab sich in der Runde der Spitzenkandidaten im ORF scharfe Kritik von FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache und BZÖ-Chef Jörg Haider. Beide zeigten sich regierungsbereit. Strache sagte, dass SPÖ und ÖVP "nicht mehr wirklich den Führungsanspruch stellen können". Trotzdem schloss er eine Koalition mit der SPÖ nicht aus.

Bei der neuen Sitzverteilung wäre als Zweierbündnis zum einen die Neuauflage der großen Koalition möglich, SPÖ-Spitzenkandidat Werner Faymann hat dies bereits als erstrebenswert bezeichnet, ÖVP-Chef Wilhelm Molterer gibt sich dagegen skeptisch.

Zum anderen wäre rechnerisch ein Bündnis SPÖ-FPÖ denkbar, das die Sozialdemokraten aber ablehnen. Als Alternative wäre nur eine Dreivariante jeweils unter Einschluss der Freiheitlichen in der Lage, eine Regierungsmehrheit zusammenzubringen.

Die ÖVP hat zwar erheblich verloren, könnte aber ihrerseits mit beiden Rechtsparteien eine regierungsfähige Mehrheit bilden. Die Christsozialen hatten schon in den Jahren 2000 bis 2007 eine rechtsnationale Regierung erst mit der FPÖ, dann mit dem abgespaltenen BZÖ gebildet.

Grüne, Liberale und Linke verlieren

Den Grünen gelang es nicht, aus der Krise der SPÖ Kapital zu schlagen. Sie blieb unter ihrem Wahlergebnis von 2006. Statt der erhofften erheblichen Zugewinne, verloren sie 1,3% und erhielten 19 Mandate, zwei weniger als bisher.

Die Schwäche der Parteien links neben der Sozialdemokratie ist in Österreich legendär. Daran hat auch die jüngste Nationalratswahl nichts geändert.

Nachdem die KPÖ 2006 immerhin 1,0% und damit ein vergleichsweise gute Ergebnis erreicht hatte, verliert sie nun wieder 0,2%. Die Partei verharrt somit auf dem Niveau der 80er Jahre durch Zuwächse bzw. Abgänge im Promillebereich. Selbst in der Steiermark und in der Stadt Graz, im Vergleich zu Gesamtösterreich traditionellen Hochburgen der KPÖ, verlieren die Kommunisten gegenüber 2006. Die KPÖ ist und bleibt eine politisch tief zerrissene Partei, die bei Wahlen an der Grenze der Bedeutungslosigkeit agiert.

Es gelingt ihr nicht, als eine moderne und plurale Linke dasjenige Milieu anzusprechen, das weder von SPÖ und Grünen angesprochen, in einer Vertretungslücke verharrt, aber von der KPÖ in ihrem heutigen Zustand keinesfalls abgeholt wird, sondern stattdessen Wahlenthaltung bzw. politische Agonie vorzieht.

Zu vermuten steht, dass die verlorenen Stimmen der KPÖ einer konkurrierenden Liste namens „Linke“, die im Burgenland sowie in Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Wien antrat, zugute kamen. In Tirol trat daneben noch eine weitere Splitterpartei namens „Die Linke.“ an.

Das Liberale Forum verpasst erneut den Einzug in den Nationalrat und bleibt damit seit 1999 zum vierten Mal außerparlamentarisch.

II. ÖVP verliert erneut an die Rechtsparteien – Phänomen Haider jubiliert

Der ÖVP, die unter ihrem damaligen Bundeskanzler Wolfgang Schüssel die rechtspopulistische FPÖ unter Kärntens Landeshauptmann¹³ Haider erstmals in eine Regierung holte und wesentlich zu ihrer Entzauberung beitrug sowie deren Wähler/-innen 2002 integrieren konnte, ist es nicht gelungen, diese Rechtswähler/-innen dauerhaft zu binden.

Bereits bei der vergangenen Nationalratswahl erreichten FPÖ und BZÖ trotz Spaltung und überwiegender Selbstbeschäftigung zusammen wieder ein besseres Ergebnis als die FPÖ allein 2002. Nach der Nationalratswahl vom 28.09.2008 sind FPÖ und BZÖ gemeinsam stärker als die FPÖ je zuvor.

¹³ Entspricht dem deutschen Ministerpräsidenten eines Bundeslandes

Daten zur Geschichte von FPÖ und BZÖ

1956: Gründung der FPÖ als Nachfolge des Verbandes der Unabhängigen. Stetige Richtungsauseinandersetzung zwischen Linksliberalen und Rechtsnationalen.

1980: Erste SPÖ-FPÖ-Koalition.

1986: Jörg Haider übernimmt FPÖ-Vorsitz. Rechtspopulistische Ausrichtung der FPÖ und damit zugleich Ende der Koalition.

1993: Spaltung der FPÖ durch Austritt der (Links-)Liberalen nach dem rechten Volksbegehren „Österreich zuerst“. Gründung des Liberalen Forums (LiF).

1999: Mit 26,9% bestes Wahlergebnis der FPÖ. Eintritt in die Regierung Schüssel (ÖVP-FPÖ).

2002: Absturz der FPÖ auf 10%. Wiedereintritt in die Regierung (ÖVP-FPÖ).

2004: Erneuter Absturz der FPÖ. Diesmal bei der Europawahl von 23,4% auf 6,3%.

2005: Spaltung der FPÖ und Gründung des BZÖ durch FPÖ-Flügel um Haider.

2006: Bei der Nationalratswahl ziehen sowohl FPÖ als auch BZÖ ins Parlament ein. Sie erreichen zusammen 14,1%.

Die ÖVP hingegen sinkt auf ein historisches Tief. Vergleicht man die Ergebnisse von 2002 und 2008, so hat die ÖVP binnen sechs Jahren 16,5% bzw. 941.996 Wählerinnen und Wähler verloren.

Die Gründe dieses Niedergangs sind vielfältig und haben politische und milieubezogene Gründe:

- Der ÖVP ist es innerhalb der Großen Koalition nicht gelungen, sich zu profilieren. Auch die Beendigung des SPÖ-ÖVP-Bündnisses wurde der ÖVP nicht positiv ausgelegt. Sie wurde berechtigterweise in Mithaftung für eine als Zwangsbündnis agierende Regierungskoalition genommen.
- Die ÖVP leidet zudem traditionell unter einem Stadt-Land-Gefälle. Die Mehrheit der Einwohner/-innen in Österreichs Städten versteht sich, unabhängig von ihrer konkreten Wahlentscheidung, als „links-liberal“. Das macht es der christlich-konservativen ÖVP schwer. Lässt dann noch die Mobilisierung in den ländlichen Gebieten, den Hochburgen der ÖVP, nach, ist eine Mehrheitsfähigkeit nicht zu erreichen.
- Diejenigen Wählerinnen und Wähler, die sich

2002 enttäuscht von der FPÖ ab- und der ÖVP zugewandt hatten und somit zum deutlichen Stimmenniedergang der damals noch mit Haider verbandelten Freiheitlichen beitrugen, konnten von der ÖVP nicht gehalten werden.

Die Freiheitlichen, die 1999 ein sensationelles Wahlergebnis eingefahren hatten und sich eher in einer Liga mit SPÖ und ÖVP als mit den Grünen wähnten, konnten jedoch den Spagat zwischen Populismus und Regierungsarbeit nicht bewältigen. Bei der Nationalratswahl 2002 verloren sie deutlich und letztlich führten die FPÖ-internen Streitigkeiten, die sich jenseits inhaltlicher Fragestellungen vor allem um die Person Jörg Haider und die Bereitstellung der von ihm eingeforderten Loyalitäten drehten, zur Spaltung der FPÖ. Dies führte dazu, dass die ÖVP in der Schlussphase ihrer damaligen Regierungstätigkeit nicht mehr mit der FPÖ sondern dem Bündnis Zukunft Österreich regierte, das den Haider-Flügel repräsentierte.

Den Freiheitlichen gelang 2006 mit über 11% der Wiedereinzug als FPÖ in den Nationalrat. Aber auch das BZÖ konnte 2006 bereits mit 4,2% die 4-Prozenthürde knapp überspringen und war somit Nationalrat vertreten.

Bei den Wahlen vom 28.09.2008 erreichten die Freiheitlichen nunmehr wieder 18% und gewannen sieben Prozentpunkte hinzu. Sie werden mit 35 Abgeordneten, also 14 mehr als bisher, in den Nationalrat einziehen.

Das Haider-BZÖ ist der eigentliche Wahlsieger, der mit 11% seine Stimmenzahl beinahe verdreifachen konnte und dafür 21 Sitze erntet - 14 mehr als bisher.

Dieser Erfolg des BZÖ ist allein auf den Einsatz seines Vorsitzenden, des Kärntner Landeshauptmanns und früheren FPÖ-Chefs Jörg Haider zurückzuführen, der aber kein Mandat in Wien annehmen und Regierungschef in Klagenfurt bleiben will. In Kärnten kommt das BZÖ auf 39,4% und überrundet dort sogar die SPÖ, die nur 28,4% der Stimmen erhält.

Im Ergebnis der jüngsten Nationalratswahl bleibt festzuhalten: Das Phänomen Rechtspopulismus ist in Österreich nicht auf die charismatische Person Haider beschränkt – aber er bleibt auch 22 Jahre nach seinem Einstieg in die Politik das prägende Gesicht des österreichischen Rechtspopulismus.

III. Wahl 2008: Ausdruck des Wandels des österreichischen Parteiensystems

Wenn auch etwas später als in Deutschland, so hat auch die Parteienlandschaft Österreichs seit Mitte der 1980er Jahre wesentliche Veränderungen erlebt. Bis zu diesem Zeitpunkt dominierten die Sozialistische bzw. seit Anfang der 90er Jahre die Sozialdemokratische Partei Österreichs und die Österreichische Volkspartei. Als dritte Partei existierte eine liberale bis national-konservative Partei, die Freiheitliche Volkspartei Österreichs.

Zwischen 1947 und 1999 regierten die beiden großen Parteien zumeist in einer großen Koalition. Nicht zuletzt aus diesem Grund brachte diese Form der Regierungsbildungen dem politischen System Österreichs die Bezeichnung "Konkordanzdemokratie" ein.¹⁴

Gelang es den beiden Parteien bei der NR-Wahl 1979 noch knapp 93% der Wähler/-innenstimmen zu binden, so sank dieses Stimmenvolumen im Laufe der nächsten 20 Jahre auf 60,1% bei der NR-Wahl 1999 ab.

Mit dem Aufstieg von Jörg Haider zur dominierenden Figur innerhalb der FPÖ sowie ihrer Neuorientierung weg von den akademischen Milieus hin zu Arbeiter/-innen und Arbeitslosen konnte die FPÖ ab Mitte der 80er Jahre Stimmen der bislang SPÖ oder ÖVP wählenden einfachen Milieus an sich binden.

Die SPÖ musste zudem Stimmen an die neu entstandenen Grünen abgeben – eine Entwicklung, die einige Jahre vorher bereits die deutsche SPD mit der Bildung der hiesigen Grünen auf Bundes- und Landesebene durchgemacht hatte.

Während die österreichischen Grünen jedoch rund 15 Jahre benötigten, um ihren Stimmenanteil von 4,8% (1986) auf 10% (2002) zu verdoppeln, gelang der FPÖ im Zeitraum von vier Wahlen faktisch ein exponentielles Stimmenwachstum von 5,0% (1983) über 9,7% (1986) auf 22,5% (1994). Ein Ende dieser Entwicklung ist nicht abzusehen

* * *

Der Autor / Vorbehalt

Dr. Benjamin-Immanuel Hoff ist Sozialwissenschaftler und arbeitet derzeit für die Partei DIE LINKE. als Staatssekretär für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz im Senat von Berlin.

Der Autor gibt in dieser Wahlrechtberichterstattung seine persönliche Meinung wieder.

Die während der Wahlrecht entstandene Analyse basiert auf den öffentlich zugänglichen Daten von Wahlforschungsinstituten sowie einschlägigen Medien- bzw. wissenschaftlichen Publikationen. Die dort entnommenen Daten können Mängel aufweisen, die bei der Übertragung nicht als solche erkannt werden. Darüber hinaus können Datenfehler bei der Erarbeitung dieser Analyse selbst entstehen. Die Darstellung und die gezogenen Schlüsse stehen unter diesem Vorbehalt.

* * *

¹⁴ <http://www.bpb.de/themen/1F2089,0,0,Parteien.html>

